

# ***Beschlussbuch***

***13. April 2019***



**JUSOS**

Göttingen

***Konferenz 2019***

***Grenzenlos Solidarisch***

Juso-Konferenz 2019 – Gemeinsame Konferenz des Juso-Stadtverbands  
und des Juso-Unterbezirks Göttingen

Samstag, 13.04.2019 – Ingeborg-Nahnsen-Forum – Nikolaistraße 30, 37073 Göttingen  
Redaktion und Layout: Nils Quentel

# Inhalt

Arbeitsprogramm der Göttinger Juso-Vorstände 2019: <i>Grenzenlose Solidarität!</i>	4
Anträge	
<b>B</b> – Beschäftigung & gute Arbeit	
B1 – Streikrecht für alle Lehrkräfte – Solidarität mit betroffenen Lehrkräften	14
B2 – Nicht nur Worte, sondern auch Taten. Frauen in die Unternehmensspitzen	16
B3 – Lebenslanges Lernen – Bildungsurlaub für alle	17
<b>C</b> – Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung	
C1 – Antisemitismus bekämpfen – auch an Schulen!	18
C2 – Der digitalen Welt begegnen – Bildung digital denken	20
C3 – Solidarität mit Fridays for Future	23
<b>E</b> – Europa & Internationales	
E1 – Europe united – unser Europawahlkampf	24
E2 – Iranpolitik „überdenken“	26
E3 – Lifeline endlich registrieren	27
E4 – Schafft sichere Häfen!	28
<b>G</b> – Gleichstellung & Feminismus	
G1 – Anerkennung der Mutterschaft lesbischer Partnerschaften	30
G2 – Mehr Autorinnen*, weniger Rollenklischees – macht den Deutschunterricht feministischer!	31
G3 – Die Rechte von Inter*Menschen umsetzen und ausbauen!	33
G4 – Frauen*solidarität – empowered women empower women	35
G5 – Jamais sans elles – Niemals ohne sie!	38
G6 – Mehr Unterstützung für Frauen*häuser	39
G7 – Frauen* in MINT	42
G8 – Die Hälfte der Macht für die Hälfte der Bevölkerung	44
G9 – Resolution: No more „pray the gay away“!	47
<b>I</b> – Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz	
I1 – Vermeidung von sekundärer Viktimisierung durch mediale Berichterstattung	48
<b>K</b> – Kampf gegen Rechts	
K1 – Anerkennung von Opfern rechter Gewalt	50
K2 – Resolution: Antifa – ungemütlich und laut	52
<b>O</b> – Organisationspolitik	
O1 – #ichbinhier für die SPD – für mehr Solidarität im Internet	55
O2 – Verzicht auf fleisch- und fischhaltige Lebensmittel bei Veranstaltungen der Jusos Bezirk Hannover	56
O3 – Der Umwelt zuliebe – Antragsbücher nicht mehr drucken	57
O4 – Europäisch denken – auch bei der Mitgliedschaft	58
O5 – Fit für die Wahlen 2021	59
O6 – Zu jung? Gibt's nicht!	60
<b>Ö</b> – Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten, Kommunales & Verkehr	
Ö1 – Wohnraum für Studierende	61
Ö2 – Schienenausbau priorisieren!	63
Ö3 – Mehr Fördermittel für Sportstätten	64
Ö4 – Stadthalle abreißen – Biergarten aufstellen	66
<b>P</b> – Pflege, Gesundheit & Soziales	
P1 – Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst	68
P2 – Drogenkonsumräume ausbauen	72

P3 – Drogenkonsument*innen entkriminalisieren	74
P4 – Diesmal nicht die Bäckerei, sondern das ganze Krankenhaus	76
U – Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit	
U1 – Reformierung der europäischen Agrarpolitik	78
U2 – Energiespeicherung innovativ denken, LOHC Forschung intensivieren	79
U3 – Silvesterknaller? Nein danke.	81
U4 – Unterstützung wiederverwendbarer To-Go-Becher	82
U5 – Tierschutz endlich ernst nehmen!	83
X - Initiativanträge	
X1 – Öffentlich-Rechtliche Medien stärken – Geringe Einkommen entlasten	85
X2 – Landeszentrale für politische Bildung stärken	86



## Arbeitsprogramm der Göttinger Juso-Vorstände 2019:

### *Grenzenlose Solidarität!*

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Beschlusnummer 2019.AP

## 1 1. Einleitung

2 Das vorliegende Arbeitsprogramm dient allen Jusos im Unterbezirk und im Stadtverband Göttingen als Grundlage für die politische Arbeit in der kommenden Amtsperiode. Es drückt unser Politikverständnis als Jungsozialist\*innen aus.

5 Dabei soll dieses Arbeitsprogramm dem neuen Unterbezirks- und Stadtverbandsvorstand als Arbeitsgrundlage und Arbeitsauftrag für die Amtsperiode dienen, das Aufgabenspektrum klar definieren und so eine kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit gewährleisten.

8 Seit dem Gang in die Große Koalition steckt die SPD auf einem Umfragetief fest. Wir als Jusos wollen unserer Mutterpartei dabei helfen, neue Visionen und Antworten auf drängende Fragen zu finden und dabei das linke Profil der Partei stärken.

11 Die Amtszeit wird daher vor allem von inhaltlicher Arbeit geprägt sein, sowohl auf Juso Ebene, als auch auf SPD Ebene. Aber auch der Europawahlkampf gleich zu Beginn wird ein Arbeitsschwerpunkt sein. Denn wir wollen nicht nationalistischen und rechtspopulistischen Kräften die EU überlassen.

15 Unser Leitbild und Motto für das Vorstandsjahr lautet Grenzenlose Solidarität – mit unserem Arbeitsprogramm wollen wir dieses mit Inhalt füllen.

## 17 2. Wer wir sind

18 Wir Jungsozialist\*innen sind ein eigenständiger Richtungsverband innerhalb der SPD. Auf Basis unserer Grundwerte entwickeln wir eigene politische Ideen, die wir sowohl in unsere Mutterpartei einbringen, als auch außerhalb – also in der Öffentlichkeit – vertreten und bewerben.

21 Unsere Ergebnisse und Beschlüsse sind das Resultat einer solidarischen Zusammenarbeit. Durch verschiedene gemeinsame Veranstaltungsformate, wie den Arbeitskreisen, entwickeln wir gemeinsame Inhalte und Ideen. Politische Arbeit ist so mehr als simple Vorstandsarbeit und bindet alle Jusos und Interessierten in und um Göttingen mit ein.

### 25 2.1. Eigenständiger linker Richtungsverband in der SPD

26 Wir Jusos sind ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Verband, der in kritischer Solidarität zur SPD steht.

1 Sozialistisch bedeutet für uns, die aus dem Kapitalismus resultierenden herrschaftsgeprägten  
2 Strukturen zu überwinden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen frei von Unterdrückung,  
3 Ausbeutung und Ungleichheiten solidarisch miteinander leben können. Dies zu realisieren  
4 sehen wir als immerwährende Aufgabe. Die Menschen müssen weltweit über die Missstände des  
5 Kapitalismus aufgeklärt werden und vom Demokratischen Sozialismus als Alternative überzeugt  
6 werden. Deswegen reicht es nicht, sich mit dem Kapitalismus zu arrangieren. Unser Ziel muss es  
7 sein, ihn zu überwinden und eine neue freiere und solidarischere Gesellschaft zu schaffen.

8 Feministisch bedeutet, dass wir für eine Gesellschaft kämpfen, in der alle Menschen selbstbestimmt,  
9 gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Gleichstellung ist in einem kapitalistischen  
10 System nicht möglich, denn Kapitalismus und Patriarchat basieren auf Unterdrückung und Ungleichheiten.  
11

12 In unserer Gesellschaft bestehen nach wie vor patriarchale Strukturen, diese sichern den Männern\*  
13 Macht und Eigentum. Diese Strukturen äußern sich auf unterschiedliche Weisen: Frauen\*  
14 erhalten weniger Lohn bzw. Gehalt als Männer\* (Gender Pay Gap), haben weniger Teilhabe an  
15 der Macht, werden häufiger Opfer sexueller Gewalt, die Medien unterstützen das Bild der Frau\*  
16 als Sexobjekt, schon in der frühen Erziehung werden Kinder in ihre Geschlechterrollen gepresst.

17 Diese strukturellen Bedingungen werden häufig als einzelne Probleme gesehen und zu bekämpfen  
18 versucht. Doch sie alle dienen nur einem Zweck, nämlich der Ausübung und Sicherung von  
19 Macht und Unterdrückung. Diese Strukturen gilt es zu bekämpfen und aufzubrechen.

20 Feminismus heißt für uns: Kämpfen gegen Sexismus. Kämpfen gegen Stereotype. Kämpfen gegen  
21 Diskriminierung, Kämpfen gegen Gewalt an Frauen\*. Kämpfen gegen das Patriarchat! Für uns  
22 hängen Sozialismus und Feminismus unabdingbar zusammen. Wie August Bebel bereits in „Die  
23 Frau und der Sozialismus“ erkannte: „Ein Sozialist ist ein Feminist oder er ist kein Sozialist“.

24 Internationalistisch bedeutet, jenseits bestehender nationaler Ländergrenzen zu denken. Eine  
25 freie, gerechte und solidarische Gesellschaft unterscheidet nicht nach Nationalität, Hautfarbe, Religion  
26 oder Ethnie. Die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben ohne Not, Verfolgung und Unterdrückung  
27 führen zu können, darf nicht das Privileg eines bestimmten Geburtsortes sein.

28 Wir stellen uns klar gegen eine Abschottungspolitik in Europa, die Menschen auf der Suche nach  
29 Frieden und Sicherheit abweist. Auch innerhalb der SPD sind nationalstaatliche Denkmuster leider  
30 immer noch zu stark verbreitet. Unsere innerparteiliche Aufgabe als Jusos ist es, auf eine  
31 Überwindung solcher Sichtweisen hinzuwirken. Wir Jusos lehnen die „Nation“ als Konstrukt ab,  
32 das Menschen aufgrund ihrer Abstammung oder ihres Geburtsortes einteilt, da dies unserer  
33 Überzeugung widerspricht.

## 34 2.2. Unser Weg -Die Doppelstrategie

35 Wir glauben nicht an die Allmacht der Parlamente. Die Realität hat uns in der Vergangenheit deutlich  
36 gezeigt, dass vor allem Kritik und Aufklärung auf der Straße die wirksamsten Mittel sind, um  
37 eingefahrene Strukturen zu durchbrechen und für mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft  
38 zu sorgen. Dabei ist es entscheidend, sich mit anderen progressiv denkenden Organisationen

1 zusammen auf eine Seite zu stellen, um als Bündnispartner\*innen für ein gemeinsames, linkes  
2 Projekt einzustehen.

3 Daher werden wir uns weiterhin mit diversen Bündnispartner\*innen vernetzen

4 Es ist unsere Aufgabe, für ein progressives Bewusstsein in der gesamten Gesellschaft zu sorgen.  
5 Konkret bedeutet dies, dass wir die SPD von innen heraus verändern müssen, um Mandatsträ-  
6 ger\*innen der SPD in allen parlamentarischen Institutionen zur politischen Umsetzung unserer  
7 sozialdemokratischen Grundwerte zu bringen.

8 Wir werden auch in Zukunft dem Prinzip dieser Doppelstrategie folgen: Das heißt, dass wir einer-  
9 seits weiterhin versuchen werden, vor allem mit anderen linken Jugendorganisationen in Dialog  
10 zu treten, um eine Bündelung der progressiven Kräfte in Göttingen zu realisieren. Andererseits  
11 müssen wir verstärkt den innerparteilichen Diskussionsprozess mitgestalten, um das Meinungs-  
12 bild unserer Mutterpartei in unserem Sinne zu prägen.

### 13 3 Unsere Ziele

#### 14 3.1 Innerverbandliche Zielsetzung

##### 15 (Neu)Mitglieder

16 Viele aktive Mitglieder – das ist die Grundlage für unsere gute inhaltliche Arbeit. Dafür wollen wir  
17 neue Mitglieder werben und sie langfristig einbinden, aber auch aktiv auf „Altmitglieder“ zugehen.  
18 In Neumitgliederveranstaltungen stellen wir Interessierten und Neumitgliedern unsere Arbeit in  
19 unterschiedlichen Formaten bei nachmittäglichen Kuchen bis hin zum abendlichen Buffett vor.  
20 Abseits der Arbeitskreise ist es möglich, mehr über einander zu erfahren und Kontakte zu knüp-  
21 fen. Damit wir unsere Mitglieder noch besser kennenlernen und einbeziehen werden wir wieder  
22 eine Juso-Umfrage starten. Alle Mitglieder können sagen, welche Themen ihnen wichtig sind und  
23 Vorschläge für die weitere Arbeit machen.

##### 24 Frauen\*

25 Wir wollen die im vergangenen Jahr begonnene und erfolgreiche Arbeit zur Einbindung von  
26 Frauen\* fortsetzen und langfristig mehr Frauen\* für unsere Arbeit begeistern. Unsere  
27 Frauen\*vernetzungstreffen wollen wir beibehalten und versuchen, unsere Veranstaltungen für  
28 alle zugänglicher zu machen. Wir verstehen uns als feministischer Richtungsverband und werden  
29 daher praktische Awarenessarbeit weiterhin in unser Handeln einbinden.

##### 30 Vielfalt bei den Jusos

31 Als Jungsozialist\*innen stehen wir für eine vielfältige und anerkennende Gesellschaft. Mit diesem  
32 Anspruch wollen wir auch selbst arbeiten und damit für möglichst viele und verschiedene junge  
33 Menschen ein Ort der politischen Mitgestaltung sein. Deshalb setzen wir uns besonders auch  
34 dafür ein, unsere Veranstaltungen attraktiv und erreichbar für alle zu machen – barrierefrei und  
35 inhaltlich niederschwellig. Wir ermöglichen Diskussionen auf Augenhöhe und wollen eine Partizi-  
36 pationsmöglichkeit für alle jungen Menschen bieten, unabhängig davon, ob und wie diese arbei-  
37 ten oder lernen.

## 1 In die Fläche gehen

2 Der Unterbezirk Göttingen ist ein großer Unterbezirk und eine starke sozialdemokratische Gliederung. Das soll im ganzen Unterbezirk spürbar sein. Wir wollen uns durch einen engen Austausch mit Jusos überall im Unterbezirk thematisch den Fragen beschäftigen, die dort wichtig sind. Gleichzeitig brauchen junge Menschen gerade auch im ländlichen Raum starke Juso-Strukturen vor Ort, auch dort wo es jetzt noch keine aktiven Juso-Gruppen gibt, um politisch aktiv sein zu können und ihre Kommune jungsozialistisch mitgestalten zu können.

## 8 Vernetzung andere Ebenen

9 Wie auch in den Vorjahren werden wir die Vorteile unserer Strukturen wahrnehmen und uns mit anderen Juso- und Parteigliederungen vernetzen, um so Synergieeffekte zu erzeugen. Neben der intensiven Zusammenarbeit mit der lokalen Juso-Hochschulgruppe werden wir mit dem aktiven Juso-Bezirk Hannover sowie dem Landesverband Niedersachsen gemeinsame inhaltliche und strukturelle Arbeit leisten, um unsere Positionen aus Göttingen in die weiteren Ebenen zu tragen. Dafür werden wir auf den Konferenzen und Verbandswochenenden präsent sein und gemeinsam für unsere Vorstellung von Politik eintreten.

## 16 Bündnisarbeit

17 Unsere Bündnisarbeit wollen wir weiter ausbauen. Dazu soll eine themenbezogene Zusammenarbeit mit Jugendverbänden, Vereinen und anderen lokalen Initiativen wie Jugend Rettet oder der Seebrücke angestrebt bzw. fortgesetzt werden. Dort, wo es möglich ist, soll eine Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen anderer Parteien stattfinden. In den Stadtjugendring als diesbezügliche Austauschplattform werden wir uns weiterhin einbringen. Auch im Bündnis gegen das geplante niedersächsische Polizeigesetz wollen wir weiterhin aktiv vertreten sein.

23 Die Gewerkschaftsjugenden sehen wir im Kampf für den Sozialismus als natürliche Bündnispartner\*innen an und wollen daher den Kontakt ausbauen. Des Weiteren wollen wir Kontakt zu den Falken intensivieren und gemeinsam die Erneuerung der SPD voranzubringen.

26 Von besonderer Bedeutung ist und bleibt unsere antifaschistische Bündnisarbeit, welche unter anderem im Bündnis gegen Rechts erfolgt. Die Entwicklung des Bündnisses hin zu einer noch aktiveren antifaschistischen Arbeit und zur Aufklärung über die in Göttingen und Umgebung aktiven Rechten wollen wir dabei unterstützen.

## 30 **3.1.1. Vorstandsarbeit**

31 Die öffentlichen Vorstandssitzungen des Juso-Unterbezirks und des Juso-Stadtverbands werden mindestens zweimal im Monat stattfinden. Die Vorstände arbeiten transparent und bieten auch die Möglichkeit, Nichtvorstandsmitglieder aktiv einzubinden. Es soll zudem eine klare Aufgabenteilung innerhalb der Vorstände geben, die zum Teil auch auf der Homepage veröffentlicht werden wird, solange es von Interesse ist, wie beispielsweise bei Kontaktpersonen und Verantwortlichkeiten.

37 Die Koordinator\*innen der Arbeitskreise sind aufgefordert, dem Juso-Unterbezirksvorstand und dem Juso-Stadtverbandsvorstand regelmäßig auf den Vorstandssitzungen zu berichten. Der Juso-

1 Unterbezirksvorstand und der Juso-Stadtverbandsvorstand unterstützt und berät die Koordina-  
2 tor\*innen der Arbeitskreise. Es soll angestrebt werden, dass auch Nichtvorstandsmitglieder diese  
3 Aufgabe übernehmen können.

#### 4 **3.1.2. Veranstaltungen & inhaltliche Projekte**

##### 5 AK Feminismus

6 Auch im Jahr 2019/2020 soll der Arbeitskreis "Feminismus" fester Bestandteil unserer monatlichen  
7 Treffen sein. Inhaltliche Schwerpunkte wollen wir dabei auf aktuelle Debatten, wie den Kampf für  
8 Parität in Landtagen und im Bundestag, aber auch den Kampf für sexuelle Selbstbestimmung und  
9 gegen die Paragraphen 218 und 219a StGB, legen. Des Weiteren wollen wir uns mit dem Gender  
10 Pay Gap sowie feministischer Wirtschaftspolitik auseinandersetzen. Unsere Formate in Form von  
11 Diskussionen, Expert\*innenvorträgen und Workshops wollen wir beibehalten und uns themen-  
12 bezogen mit starken Frauen\* und Bündnisorganisationen vernetzen.

##### 13 AK Kommunales

14 Kommunales ist für uns, die Wirkung von Politik verschiedener Ebenen auch vor Ort wahrnehmen  
15 zu lernen, um so die Wechselseitigkeit von lokaler bis hin zu globaler Einflussnahme auf das Leben  
16 zu spüren. Daher wollen wir – im Anschluss an die Europawahl – einen Schwerpunkt auf das  
17 Thema Nachhaltigkeit legen. Ressourcenschonung, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung  
18 findet nicht nur auf Weltklimakonferenzen oder in Berlin statt. Vor allem in den Kommunen wird  
19 das Thema mit Leben gefüllt. Wir werden daher in Stadt und Landkreis Akteur\*innen, Institutionen  
20 und Thematiken kennenlernen und uns der Frage widmen, wie es um Nachhaltigkeit im Raum  
21 Göttingen stellvertretend für viele Kommunen steht - und dabei unsere AK-Struktur von auswär-  
22 tigen Veranstaltungen und "klassischen" Sitzungen beibehalten.

##### 23 AK Arbeit, Wirtschaft und Soziales

24 Auch im Vorstandsjahr 2019/20 wollen wir den etablierten Arbeitskreis „Arbeit, Wirtschaft und  
25 Soziales“ (AK AWS) fortsetzen. Inhaltliche Schwerpunkte sollen ein kritischer Umgang mit unserem  
26 Gesundheitssystem, Konzepte und Diskussionen um die Frage nach einem solidarischen (und  
27 nachhaltigen) Wirtschaftssystem und das Wohnraumproblem sein. Als Formate streben wir be-  
28 sonders neben Vorträgen und Vernetzungstreffen die aktive und partizipative Diskussion an, aus  
29 der sich im laufenden Vorstandsjahr Anträge für die folgenden Konferenzen und Parteitage ablei-  
30 ten lassen, um so neben dem Bildungsaspekt des AK auch die politisch gestaltende Funktion in  
31 den Vordergrund zu rücken. Kernfragen sozialdemokratischer Politik werden wir engagiert und  
32 konkret diskutieren und daraus eigene politische Forderungen formulieren. Denn klar bleibt: Die  
33 Überwindung des Kapitalismus ist Ziel unseres politischen Wirkens!

##### 34 Leuchtturmveranstaltungen

35 Wir wollen verschiedene Veranstaltungsformate organisieren und zum Beispiel externe Refe-  
36 rent\*innen dazu einladen, bei uns Vorträge zu halten und mit uns zu diskutieren. Dies soll neben  
37 den AKs auch im Rahmen sogenannter „Leuchtturmveranstaltungen“ stattfinden. Eine solche Ver-  
38 anstaltung soll der Platz in unserer Arbeit sein, an dem wir Themen ansprechen, die uns

1 besonders am Herzen liegen. Das macht es selbstverständlich, dass wir diese Veranstaltung be-  
2 sonders bewerben und ihr auch sonst besondere Aufmerksamkeit widmen.

### 3 Roter Mittwoch

4 Der Rote Mittwoch soll weiterhin immer am letzten Mittwoch des Monats stattfinden. Er soll Ort  
5 für einen lockeren Austausch sein und die Möglichkeit bieten, in einer geselligen Runde über ak-  
6 tuelle Themen zu reden. Dabei soll der Vorstand anlassbezogen ein aktuelles Thema als Ge-  
7 sprächgrundlage vorbereiten und ggf. im Voraus einen kompakten Artikel über den Newsletter  
8 verschicken.

### 9 Freizeitaktionen

10 Neben unseren diversen inhaltlichen Formaten soll natürlich der Spaß nicht zu kurz kommen.  
11 Spieleabende und gemeinsame Theaterbesuche stehen auch im kommenden Jahr fest in unse-  
12 rem Plan. Auch Ausflüge sind geplant. Zusätzlich wollen wir weitere lockere und möglichst nied-  
13 rigschwellige Veranstaltungen anbieten, die außerhalb der etablierten Veranstaltungsreihen und  
14 Arbeitskreisen stattfinden. Sozialistische Liederabende oder Demotraining sind hier beispielhafte  
15 Möglichkeiten.

### 16 Juso Forum

17 Eine besonders wichtige Veranstaltung ist für uns das Juso-Forum – eine Art Mitgliederversamm-  
18 lung. Alle Jusos aus dem Unterbezirk Göttingen sind herzlich eingeladen, dabei zu sein und mit-  
19 zureden. Der Vorstand wird beim Juso-Forum über seine Arbeit berichten und den Mitgliedern  
20 die Gelegenheit geben, Anregungen und Kritik zu äußern. Es besteht aber auch die Möglichkeit,  
21 Gäste einzuladen und über aktuelle politische Themen zu sprechen.

### 22 Frauen\*vernetzungstreffen

23 An unseren regelmäßig stattfindenden Frauen\*vernetzungstreffen wollen wir festhalten. Diesen  
24 Schutzraum wollen wir zur Vernetzung mit starken Frauen\*, Aktivistinnen\*, frauen\*rechtlich akti-  
25 ven Bündnisorganisationen aber vor allem auch untereinander nutzen. Wir wollen einander in  
26 innerverbandlichen bzw. innerparteilichen Fragen helfen aber auch einen Raum für die Entwick-  
27 lung von Freundinnen\*schaften schaffen. Dabei wollen wir unsere Formate offen gestalten und  
28 auch den gemeinsamen Besuch von feministischen Filmen oder auch Demonstrationen einschlie-  
29 ßen.

### 30 Europawahl

31 Bei der letzten Europawahl 2014 sind vor allem junge Wähler\*innen nicht zur Wahl gegangen.  
32 Deshalb wollen wir Jusos einen eigenständigen Jugendwahlkampf für die Europawahl am 26. Mai  
33 2019 auf die Beine stellen. Dazu gehören nicht nur eigene Aktionen, sondern auch eigenes Wahl-  
34 kampfmateriale. Wir wollen jungen Menschen die Bedeutung der EU aufzeigen und so die Wahlbe-  
35 teiligung bei dieser Wähler\*innengruppe erhöhen.

36 Wir werden unsere Ideen und Visionen für die EU präsentieren und aufzeigen, dass wir für eine  
37 solidarischere Europäische Union und mehr Europa stehen. Deshalb wollen wir den derzeitigen

1 Zustand der EU nicht schönreden, sondern aufzeigen, wo es, unserer Meinung nach, Verbesse-  
2 rungsbedarf gibt. Wir wollen insgesamt natürlich einen proeuropäischen und europasolidari-  
3 schen Wahlkampf bestreiten, in dem wir aufzeigen, warum nur mehr Europa eine Lösung ist.

4 Unsere Ideen und Visionen und unsere europäischen Überzeugungen wollen wir mit unseren  
5 Materialien und Aktionen im ganzen Unterbezirk zeigen. Wir wollen mit vielfältigem Wahlkampf  
6 verschiedene Themen abdecken und auch verschiedene Gruppen von jungen Menschen über-  
7 zeugen: Nicht nur Studierende, sondern auch Auszubildende, Schüler\*innen und Arbeitende wol-  
8 len wir erreichen. Deshalb werden wir unterschiedliche Aktionen an verschiedenen Orten im UB  
9 durchführen.

10 Auch in Zusammenarbeit mit dem Juso Bezirk werden wir Wahlkampf für Europa machen. Wir  
11 wollen auch außerhalb unseres eigenen Unterbezirks den Wahlkampf unterstützen.

### 12 Antifa & Kampf gegen Rechts

13 Antifaschistische Arbeit ist für uns Jusos Göttingen eine leider notwendige Selbstverständlichkeit.  
14 In Zeiten, in denen Nazis und Rassist\*innen in deutschen Parlamenten sitzen und Rechtspopu-  
15 list\*innen europaweit erstarken, ist dies wichtiger denn je. Durch die gemeinsame Teilnahme an  
16 Demonstrationen oder dem Anbieten von Informationsveranstaltungen möchten wir weiter aktive  
17 Jusos in die antifaschistische Arbeit einbinden. Unsere (überregionale) Vernetzung mit Bündnis-  
18 partner\*innen im Kampf gegen Nazis wollen wir weiter verstärken.

### 19 Feminismus

20 Wir wollen im kommenden Jahr 2019/2020 weiterhin inhaltliche Schwerpunkte zum Thema Femi-  
21 nismus setzen. Feminismus ist eine unserer zentralen Säulen als Jusos und erfordert besondere  
22 Beachtung. Als gesamtgesellschaftliches Thema soll Feminismus nicht nur nebenbei behandelt  
23 werden, sondern stets mitgedacht werden. Das soll in unseren Organisationsformen und unserer  
24 Themenauswahl deutlich werden. Im Bezug auf die Europawahl wird auch das Thema Feminismus  
25 relevant werden, ebenso bei der stets kritischen Begleitung der Politik unserer Mutterpartei. Die  
26 Jusos Göttingen wollen sich weiterhin mit Kämpfer\*innen für Geschlechtergerechtigkeit und Fe-  
27 minismus vernetzen und austauschen. Außerdem wollen wir aktiv Bildungsangebote über Femi-  
28 nismus wahrnehmen und mitgestalten. Schließlich wollen wir auch aktuelle Diskussionen und  
29 Themen aufgreifen, wie das Verhältnis von Queerfeminismus zu Frauen\*förderung oder Netzfe-  
30 minismus. Wir werden weiterhin auf Sexismen, Ungerechtigkeit und Unterdrückung aufmerksam  
31 machen.

### 32 §175 und Stonewall

33 Das Jahr 2019 ist aus queerfeministischer Perspektive ein doppeltes Jubiläum. Einerseits fand am  
34 28. Juni 1969 der berühmte Aufstand in der Bar Stonewall in der Christopher Street in New York  
35 statt. Gegen die Willkür und Misshandlung durch die Polizei wehrten sich an diesem Tag die quee-  
36 ren Besucher\*innen der Bar Stonewall. Andererseits wurde 1969 der §175 in Deutschland erst-  
37 mals gelockert und damit ein erster Schritt zur Entkriminalisierung Homosexueller in der Bundes-  
38 republik gemacht. Diese Anlässe wollen wir nehmen, um über Queere Themen zu sprechen.

## 1 Nachhaltigkeit und Umwelt

2 Nicht erst durch die Klimaaktivistin Greta Thunberg sollte uns klar sein, dass wir auf eine Katastro-  
3 phe zusteuern, die vor allem für uns junge Menschen schon spürbare Auswirkungen haben wird.  
4 Die Art und Weise, wie das Klima durch von Menschen verursachte Schäden beansprucht wird,  
5 sollte ein gesamtgesellschaftliches Thema sein. Deshalb haben wir uns als Jusos Göttingen dazu  
6 entschlossen, einen inhaltlichen Schwerpunkt in diesem Jahr auf die Umwelt- und Klimaschutzpo-  
7 litik zu legen. Neben der Behandlung im AK Kommunales haben wir vor, unser Profil im Bereich  
8 zu schärfen und uns für einen sozialverträglichen Umgang mit Maßnahmen stark zu machen.

## 9 Außenpolitik

10 Wir vertreten ein internationalistisches Grundverständnis, wonach wirtschaftlich und politisch  
11 starken Länder eine größere solidarische Verantwortung zukommt. Wir erwarten, dass sich diese  
12 Länder für die Sicherstellung von Menschenrechten weltweit einsetzen und aktiv für die Förde-  
13 rung von Frauenrechte kämpfen. Daneben erwarten wir auch wirtschaftliche Solidarität mit öko-  
14 nomisch schwächeren Ländern und eine faire Wirtschaftspolitik. Ein besonderes Anliegen ist uns  
15 dabei die uneingeschränkte Solidarität und die Sicherheit Israels. Wir werden auch im kommen-  
16 den Jahr einen kritischen Blick auf die deutsche Außenpolitik werfen.

## 17 **3.2. Innerparteiliche Zielsetzung**

### 18 SPD Erneuern

19 Für uns ist die Erneuerung der SPD noch lange nicht abgeschlossen. Dieser Prozess muss fort-  
20 während vonstattengehen und ständig evaluiert und bewertet werden. Zentral für uns ist dabei  
21 die inhaltliche Erneuerung. Die SPD muss wieder Visionen für die Gesellschaft haben und Antwor-  
22 ten auf die drängenden Fragen unserer Zeit bereitstellen. Deshalb ist ein inhaltlicher Austausch,  
23 auch auf der SPD-Unterbezirksebene, essentiell. Wir werden vorantreiben, dass es diesen Diskurs  
24 gibt. Wir wollen miteinander diskutieren und so auch neue, progressive Inhalte in den Fokus rü-  
25 cken.

26 Aber auch personell muss sich die SPD erneuern. Das ist an vielen Stellen nicht geschehen. Wir  
27 wollen, dass die Partei jünger und weiblicher wird, auch im SPD-Unterbezirk. Deshalb werden wir  
28 dafür eintreten, dass Vorstände aus mehr jungen Leuten und mehr Frauen\* bestehen. Auch im  
29 Hinblick auf die Wahlen im Jahr 2021 werden wir dafür eintreten, dass sich dieses Motto auf den  
30 Listen der Partei wiederfindet. Wir setzen uns vor allem bei der Kommunalwahl für ein Mentoring  
31 Programm ein, damit auch junge Kandidierende eine Chance haben und gut vorbereitet werden  
32 auf künftige Aufgaben.

### 33 Juso Positionen in höhere Ebenen tragen

34 Wir wollen die Positionen und Anliegen der Jusos Göttingen in höhere Ebenen tragen. Dazu ge-  
35 hören für uns die Konferenz des Juso-Bezirks Hannover und die Landeskonferenz der Jusos Nie-  
36 dersachsen, zu denen wir Delegierte entsenden, Anträge einreichen und in die Debatte gehen  
37 werden. Wir bringen uns aber auch in die Arbeit der SPD auf kommunaler Ebene in Göttingen ein.  
38 Juso-Vertreter\*innen sollen weiterhin die Arbeit des Stadtverbands und der Stadtrats- und

1 Kreistagsfraktion begleiten. Dieser enge Kontakt hat sich im Vorjahr bewährt und soll dementsprechend weitergeführt werden. Dort reichen wir ebenfalls Anträge ein und sprechen jugendpolitische Themen an. Im nächsten Vorstandsjahr wollen wir uns u.a. für die überfällige Schließung der Siekhöhe einsetzen. Auch bei SPD Parteitagen wollen wir mit unseren Positionen vertreten sein. Wir werden viele unserer Anträge unserer eigenen Unterbezirkskonferenz weiterleiten, damit unsere Ideen in anderen Gremien gehört und hoffentlich auch praktisch umgesetzt werden.

#### 7 Austausch mit Funktionär\*innen

8 Um immer auf dem neusten Stand zu sein und sich über aktuelle Politik auszutauschen, soll es auch weiterhin regelmäßige Austauschtreffen mit den verschiedenen SPD-Funktionär\*innen geben. Diese sollen vorstandsintern stattfinden, damit auch vertrauliche Aspekte in einem kleineren Kreis angesprochen werden können. Die Ergebnisse der Treffen sollen dann auf Juso Foren berichtet werden.

#### 13 Juso-Hochschulgruppe

14 Die enge Zusammenarbeit mit der ortsansässigen Juso-Hochschulgruppe wollen wir fortsetzen. Es ist ein großer Vorteil, eine so aktive Vertretung an der Universität zu haben. Vor allem im Bereich der Hochschul- und Studienfinanzierung denken wir über ein passendes Veranstaltungsformat in Kooperation nach. Die Zusammenarbeit mit der Bundeskoordination der Hochschulgruppen wird uns durch einen Koordinator aus der Juso-HSG Göttingen erleichtert und soll ebenfalls bei thematischen Überschneidungen wahrgenommen werden. Die Synergieeffekte zwischen Hochschulgruppe und Juso-Unterbezirk möchten wir gerne nutzen, um zusammen die gemeinsamen Ziele vor Ort und überregional umzusetzen.

#### 22 Europawahlkampf

23 Neben unserem eigenen Wahlkampf wollen wir natürlich auch die SPD im Europawahlkampf unterstützen. Wir wollen von Anfang an bei den Planungen mithelfen und dann auch Teil der Umsetzung sein. Wir wollen unsere Ideen einbringen und nicht als bloße "Plakatiergruppe" oder Flyerverteiler\*innen fungieren – sondern ein ernsthafter Teil des Wahlkampfs sein. Dies werden wir auch der Partei kommunizieren, was nicht heißt, dass wir nicht Flyer verteilen wollen oder an Infoständen aktiv sein werden.

29 Wir werden selbstverständlich auch die SPD im kompletten Unterbezirk unterstützen. Dafür werden wir an die Ortsvereinsvorsitzenden herantreten und ihnen unsere Mitarbeit anbieten. Unser Ziel ist ein gemeinschaftlicher, solidarischer Europawahlkampf, mit dem alle zufrieden sein können.

#### 33 Stärkere Bedeutung in der SPD

34 Die Vorstände in den Ortsvereinen, des Stadtverbandes und des Unterbezirkes stellen die Weichen für kommende Wahlen und den bis dahin notwendigen Diskurs in der Bevölkerung. Der Diskurs muss ein gesamtparteilicher sein, was gleichzeitig bedeutet, dass auch Meinungen von Jusos gehört werden müssen. Wir setzen uns konstruktiv mit den Vorschlägen der Partei auseinander und möchten diese auch in den nächsten Jahren mit unserem Wissen unterstützen.

1 Insbesondere im Vorfeld der wichtigen Wahlen 2021 muss der Partei klar sein: Der Nachwuchs  
2 kommt nicht von allein. Deshalb haben wir die letzten Jahre den Austausch mit den Ortsvereinen  
3 gesucht und konnten hierbei bereits für Entlastung sorgen. Diesen Prozess möchten wir fortfüh-  
4 ren und ausbauen.

#### 5 Vernetzung mit den Ortsvereinen

6 Die Doppelstrategie sieht auch ein Engagement innerhalb der Partei vor und die Wiege der poli-  
7 tischen Arbeit ist hauptsächlich die Ebene des Ortsvereins. Die vergangenen Wahlkämpfe und  
8 eigene Erfahrungen haben uns gezeigt, dass die Vernetzung mit den Ortsvereinen ein essenzieller  
9 Faktor für den politischen Erfolg darstellt.

10 Durch regelmäßigen Austausch zwischen Ortsvereinen und Jusos sollen Erwartungen und Erfah-  
11 rungen ausgetauscht werden. Es sollen mögliche Kooperationen besprechen werden. Für uns  
12 steht fest: Starke Ortsvereine sind ein wichtiger Erfolgsfaktor. Daher werden wir auch weiterhin  
13 junge Menschen ermutigen, sich in die Ortsvereine einzubringen.

### 14 **3.3. Öffentlichkeitsarbeit**

#### 15 Pressearbeit

16 Als Jusos ist auch eine unserer Aufgaben, öffentlichkeitswirksam unsere Positionen und Ansichten  
17 zu vertreten und Kontakt mit der Presse und anderen journalistischen Medien zu halten. Dabei  
18 denken wir nicht nur an klassische Printmedien wie das Göttinger Tageblatt und die Hessisch-  
19 Niedersächsische Allgemeine (HNA), sondern auch an die Sozialen Medien wie Facebook und In-  
20 stagram. Um diese Aufgaben besser zu meistern und ein tieferes Verständnis für Pressearbeit zu  
21 bekommen, wollen wir uns in Workshops und Seminaren weiterbilden und somit unsere Kompe-  
22 tenzen erweitern. Denn ein gesundes Verhältnis und ein bewusstes Nutzen der Medien und der  
23 Presse sorgt für ein besseres Verständnis von Politik und unserer Arbeit für die Bevölkerung. Auch  
24 unsere eigene Homepage wollen wir pflegen und weiterentwickeln.

#### 25 Außerhalb des Wahlkampfes

26 Wahlkampf ist immer! Die Präsenz der Politik sollte niemals nur auf bestimmte Ereignisse und das  
27 Ringen um die Stimmen der Wähler\*innen beschränkt sein. Deshalb wollen wir Jusos unsere Prä-  
28 senz auf der politischen Bühne durchgehend und aktiv gestalten. Dabei ist es uns besonders  
29 wichtig, klare Positionen zu aktuellen Themen und Entscheidungen einzunehmen und diese auch  
30 nach außen zu tragen. Auch der Dialog mit den Bürger\*innen im Unterbezirk liegt uns am Herzen,  
31 da wir nur durch einen Dialog die Sorgen, Ängste und Wünsche der Bevölkerung wahrnehmen  
32 und diese in neue Ideen verwandeln und umsetzen können.

#### 33 FAQ für die Homepage

34 Zu einem professionellen Auftritt gehört eine gut gepflegte und aktuelle Homepage. Noch immer  
35 suchen viele Interessierte über diesen Kanal Informationen über unsere Arbeit. Für die am häu-  
36 figsten gestellten Fragen werden wir ein FAQ hochladen. Orte unserer Treffen und Ansprechpart-  
37 ner\*innen für Fragen zu bestimmten Themenfeldern sollen schnell erkennbar sein.

# B1

## Beschluss 2019.B1: Streikrecht für alle Lehrkräfte – Solidarität mit betroffenen Lehrkräften

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag

1 Wir fordern das Streikrecht für verbeamtete Lehrkräfte.

2 Das Streikrecht ist ein fundamentales Mittel im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Viele ar-  
3 beitsrechtliche Errungenschaften konnten erst durch Streiks erkämpft werden und regelmäßig  
4 können Verbesserungen für Arbeitnehmer\*innen nur dank gewerkschaftlich organisierter Streiks  
5 als Druckmittel erzielt werden. Streikrecht ist Menschenrecht.

6 Leider wird dieses Recht vielen Menschen in Deutschland vorbehalten: Beamt\*innen können sich  
7 zwar in Gewerkschaften organisieren, es ist ihnen jedoch nicht erlaubt, ihre Arbeit mit dem Ziel  
8 besserer Arbeitsbedingungen niederzulegen.

9 Begründet wird das Verbot mit den sogenannten „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeam-  
10 tentums“, auf die im Grundgesetz verwiesen wird. Zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht diese  
11 Auffassung bestätigt. Das Streikverbot erfülle „die für eine Qualifikation als hergebrachter Grund-  
12 satz notwendige Voraussetzung der Traditionalität, da es auf eine jedenfalls in der Staatspraxis  
13 der Weimarer Republik begründete Traditionslinie zurück geht, und diejenige der Substantialität,  
14 da es eine enge inhaltliche Verknüpfung mit den verfassungsrechtlichen Fundamenten des Be-  
15 rufsbeamtentums in Deutschland, namentlich der beamtenrechtlichen Treuepflicht sowie dem  
16 Alimentationsprinzip, aufweist.“ [1] Anlass war die Klage mehrerer Lehrkräfte. Dies steht jedoch  
17 im Widerspruch zur europäischen/ internationalen Rechtsprechung. Allein der Beamt\*innensta-  
18 tus rechtfertigt keine Einschränkung des Streikrechtes [2]. Die hergebrachten Grundsätze sind  
19 außerdem keine auf ewig festgeschriebenen Regeln, sondern können angepasst werden. Sie sind  
20 zudem nie durch ein Parlament beschlossen worden.

21 Wir finden: Das Streikverbot für Lehrkräfte ist längst nicht mehr zeitgemäß. Eine solch drastische  
22 Einschränkung mit Traditionalität zu begründen ist nicht länger hinnehmbar und auch nicht not-  
23 wendig. Unsere Gesellschaft wird nicht gefährdet durch streikende Lehrkräfte.

24 Auch wenn Beamt\*innen in vielen Punkten besser gestellt sind als ihre angestellten Kolleg\*innen,  
25 ist dies keine Rechtfertigung dafür, dass ihnen das Streikrecht verwehrt wird. Im Gegenteil: Wir

1 wollen keine Spaltung des Kollegiums. Um für alle bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, sollten  
2 alle Lehrkräfte gemeinsam und solidarisch dafür streiken dürfen. Der Beamtenstatus selbst ist  
3 mangels Möglichkeiten des Widerstandes keine Garantie für faire Arbeitsbedingungen. Es ist nicht  
4 akzeptabel, dass verbeamtete Lehrkräfte jede Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen wider-  
5 standslos hinnehmen müssen.

6 Deshalb fordern wir:

- 7 • Streikrecht für verbeamtete Lehrkräfte
- 8 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (für angestellte und Beamt\*innen)
- 9 • Keine Spaltung des Kollegiums
- 10 • Solidarität mit streikenden Lehrkräften
- 11 • Solidarität mit den Kläger\*innen gegen das Streikverbot und mit allen wegen Teilnahme  
12 an Streiks von Disziplinarmaßnahmen betroffenen Lehrkräften

13 **Begründung:**

14 *erfolgt mündlich.*

15 **Anmerkungen:**

16 [1] Urteils des Bundesverfassungsgerichts, 2018, [https://www.bundesverfassungsge-](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/bvg18-046.html)  
17 [richt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/bvg18-046.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/bvg18-046.html)

18 [2] Urteil von 2009, EGMR

# B2

Beschluss 2019.B2: Nicht nur Worte, sondern auch Taten.

## Frauen in die Unternehmensspitzen

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag, SPD Landesparteitag

1 Wir fordern, dass es in Zukunft eine verpflichtende 50% Quote für Frauen\* in den Unternehmens-  
2 vorständen von Betrieben geben soll, an denen das Land Niedersachsen Anteile besitzt.

### 3 Begründung:

4 Das Land sollte immer eine Vorbildfunktion einnehmen – gerade beim Thema Gleichstellung.  
5 Denn nicht Worte und Versprechungen lösen das Problem der Ungleichheit, sondern Taten.

6 In den niedersächsischen Unternehmen mit Beteiligung des Landes, z.B. der NBank oder Volks-  
7 wagen, sieht die Quote von Frauen in Führungspositionen erschreckend aus. Das muss geändert  
8 werden.

9 In letzter Zeit wäre z.B. bei Volkswagen immer wieder die Chance gewesen, etwas zu verändern,  
10 da sieben Vorstandsposten neu besetzt werden mussten. Passiert ist nichts. Noch immer sitzt  
11 nur eine einzige Frau im Vorstand. Das zeigt aus unserer Sicht ganz klar: die Zeiten der Selbstver-  
12 pflichtungen sollten vorbei sein. Wir brauchen feste Quoten, damit sich etwas ändert.

13 Diese Quote, die sich erst einmal nur auf Unternehmen bezieht, an denen das Land Anteile be-  
14 sitzt, kann und soll auch nur ein Anfang sein. Auf Grund des hohen Handlungsbedarfs und der  
15 Symbolträchtigkeit einer solchen Verpflichtung ist es aus unserer Sicht auch notwendig, eine hohe  
16 Zahl zu fordern. Frauen stellen 50% unserer Bevölkerung, also sollten ihnen auch 50% der Macht  
17 zustehen.

# B3

Beschluss 2019.B3: **Lebenslanges Lernen – Bildungsurlaub für alle**

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag

1 Wir fordern die SPD dazu auf, sich für eine bundesweit einheitliche Regelung zum Bildungsurlaub  
2 einzusetzen und diese dann gesetzlich zu verankern. Dabei soll ein guter Kompromiss für alle  
3 Bundesländer gefunden werden, der den Arbeitnehmenden faire Konditionen bereitstellt. Schu-  
4 lungen für Ehrenamtliche sollen künftig auch unter die Regelung fallen und auch Mitarbeitende  
5 kleiner Unternehmen sollen die Chance bekommen, Bildungsurlaub zu nehmen.

6 Es soll auch eine einheitliche Regelung für Auszubildende geben, die auch dieser Gruppe die Mög-  
7 lichkeit des Bildungsurlaubs bundesweit eröffnet.

## 8 Begründung:

9 Bisher wird der Bildungsurlaub in jedem Bundesland einzeln geregelt. Das führt dazu, dass es z.B.  
10 in Sachsen und Bayern eine solche Regelung gar nicht gibt. Es führt aber auch dazu, dass es sehr  
11 schwer und zum Teil unmöglich ist, an Seminaren außerhalb des eigenen Bundeslandes teilzu-  
12 nehmen. Daher wäre es notwendig und fair, wenn in allen Bundesländern die gleichen Rechte  
13 herrschen. Im Zuge dessen sollen die Regelungen ausgeweitet werden.

# C1

Beschluss 2019.C1: Antisemitismus bekämpfen – auch an Schulen!

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz

1 In den letzten Jahren war Antisemitismus an Schulen immer wieder ein Thema. Dieser zeigt sich  
2 in Beleidigungen, Mobbing und körperlichen Angriffen. Täter\*innen sind dabei in den bekanntge-  
3 wordenen Fällen meist Schüler\*innen, aber auch Lehrer\*innen. Die Häufigkeit der Angriffe zeigt  
4 deutlich, dass Präventionsarbeit gegen Antisemitismus an Schulen gegenwärtig nicht ernst genug  
5 genommen wird.

6 Antisemitismus gibt es in jeder Bevölkerungsgruppe. Demnach ist es nur leider nur logisch, dass  
7 Antisemitismus vor unseren Schulen keinen Halt macht. Weil wir es wichtig finden, dass Schü-  
8 ler\*innen sich eine differenzierte politische Meinung bilden, gehört es für uns auch dazu, dass sie  
9 auf antisemitische Aussagen oder Andeutungen angesprochen werden. Das ist nur möglich, wenn  
10 die Schule ein Umfeld ist, in dem Antidiskriminierung ernst genommen wird und es Personen gibt,  
11 die für solche Auseinandersetzungen geschult sind.

## 12 Weiterbildungen für Lehrer\*innen

13 Deshalb fordern wir ein umfassendes Fortbildungsprogramm für Lehrer\*innen und andere Schul-  
14 mitarbeitende, das sie sowohl darin schult, was Antisemitismus ist und wie sie ihn erkennen kön-  
15 nen, als auch Hilfen für die Konfrontation antisemitischer Haltungen bei Schüler\*innen anbietet.  
16 Darüber hinaus müssen das Thema Antisemitismus, wie auch andere Diskriminierungsformen,  
17 mehr Aufmerksamkeit im Lehramtsstudium bekommen. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein,  
18 dass sich Lehrer\*innen mit Diskriminierungsformen auskennen und so betroffene Schüler\*innen  
19 unterstützen können. Gerade die oft subtilen Ausformungen von Antisemitismus müssen schon  
20 früh bei Schüler\*innen erkannt werden, damit antisemitische Übergriffe an Schulen verhindert  
21 werden können und sich jüdische Schüler\*innen nicht bedroht fühlen. Leider ist auch Antisemi-  
22 tismus unter Lehrer\*innen ein großes Problem. Deswegen müssen sich besonders die Schullei-  
23 tungen mit dem Thema auseinandersetzen. Schüler\*innen, die sich über antisemitische Äußerun-  
24 gen im Unterricht beschwerten, brauchen eine klare Anlaufstelle mit geschulten Zuständigen, die  
25 die Beschwerde der Schüler\*innen ernst nehmen, statt sie herunterzuspielen oder die Lehrer\*in-  
26 nen zu decken bzw. mit den Problemen alleine lassen.

1 Aufklärungsarbeit ins Hier und Jetzt holen

2 Aufklärung über Antisemitismus scheitert oft daran, dass sich Schüler\*innen nicht angesprochen  
3 fühlen. Antisemitismus wird dann nur mit Verweis auf den Nationalsozialismus diskutiert. Die Auf-  
4 klärungsarbeit an Schulen sollte aber genauso strukturellen Antisemitismus, Israelkritik und aktu-  
5 elle Verschwörungstheorien thematisieren. Nur so können die Schüler\*innen Antisemitismus in  
6 ihrem Alltag erkennen und sich gegen Antisemitismus positionieren. Hierfür gibt es Materialien  
7 und Programme. Wir fordern, dass die Landesregierung jeder Schule solche Angebote zu Verfü-  
8 gung stellt.

9 Für professionelle Gedenkarbeit

10 Außerdem soll jede\*r Schüler\*in im Rahmen eines professionellen Programms die Möglichkeit  
11 haben, eine Gedenkstätte zur Shoah zu besuchen und dafür auch eine angeleitete Vor- und Nach-  
12 bereitung zu bekommen. Diese Programme sollen nicht verpflichtend sein, aber Lehrer\*innen  
13 sollen angeregt werden, mit ihren Klassen über die Möglichkeit zu sprechen und sich dabei Hilfe  
14 von den pädagogischen Mitarbeiter\*innen der Gedenkstätten zu holen.

15 Eine\*n eigenständige\*n Antisemitismusbeauftragte\*n im Kultusministerium

16 Wir fordern, dass das Kultusministerium eine\*n Antisemitismusbeauftragte\*n anstellt. Das  
17 Thema Antidiskriminierung an Schulen ist vielfältig und wichtig, darum fordern wir die Einstellung  
18 einer\*eines gesonderten Antisemitismusbeauftragten.

19 Begründung:

20 *erfolgt mündlich.*



Beschluss 2019.C2: Der digitalen Welt begegnen – Bildung digital denken

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag, SPD Landesparteitag

1 Bildung ist ein Menschenrecht. Lebenslang erfahren Menschen Bildung, um sich selbst fortzubilden,  
2 sich neuen potentiellen Interessen zu öffnen oder auf Grundlage von Bildung eine Berufs-  
3 richtung oder ein neues Hobby kennenzulernen. Bildung ist allumfassend – so will es zumindest  
4 die Theorie.

5 Die Praxis sieht dagegen anders aus. Schulen und Universitäten sind gnadenlos unterfinanziert –  
6 vor allem im ländlichen Raum sind Kreidetafel und VHS-Kassette noch die Mittel der Wahl. Der  
7 Digitalpakt wird daran wenig ändern. Das Jahr 2019 scheint bislang noch nicht überall angekom-  
8 men zu sein – dieser traurigen Realität müssen wir uns aktiv entgegenstellen.

9 Eine zentrale Erkenntnis ist die, dass moderne Bildung – oder auch: Digitale Bildung – längst nicht  
10 auf die Ausstattung von Bildungseinrichtungen begrenzt ist. Was passiert, wenn diese verengte  
11 Sicht dominiert, sieht man aktuell in vielen Einrichtungen: Sogenannte Interaktive Whiteboards  
12 wurden für viel Geld angeschafft und aufgebaut, genutzt wird die neue Technologie von Politik  
13 und Verwaltung allerdings nicht. Möchte man heute als Lehrkraft ein solches Gerät aktivieren,  
14 scheitert man an veralteter Software oder abgelaufenen Lizenzen. Die Krux der Whiteboards ist  
15 nämlich die, dass ihre Verwendung wartungsintensiv ist und viele Programme nur eine gewisse  
16 Zeit lang von den Unternehmen wie SMART unterstützt werden. Hier entstehen ganz praktische  
17 Probleme, denen sich die Schulträger schnellstmöglich und qualifiziert annehmen müssen!

18 Eine weitaus fundiertere Sicht auf Digitale Bildung hat die Gesellschaft für Informatik e.V. in ihrer  
19 Dagstuhl-Erklärung eröffnet. Sie fordert zunächst eine medien- bzw. allgemeine Pädagogik der  
20 digital vernetzten Welt, die Bildung „aus technologischer, gesellschaftlich-kultureller und anwen-  
21 dungsbezogener Perspektive“ betrachtet [1] Es geht also darum, nicht nur die Handhabe von di-  
22 gitalen Medien zu erlernen, sondern auch die Funktionsweise aus Informatischer Sicht, als auch  
23 die Wirkmechanismen auf die Gesellschaft in einem Dreiklang zu behandeln. Um diese Bildung zu  
24 vermitteln, verlangt es grundlegende Mediencurricula für alle Schulformen, Jahrgänge und Fächer.  
25 Solange die Digitalisierung nicht mit all ihren Chancen und Risiken im Unterricht und der Institu-  
26 tion Schule ankommt, laufen wir Gefahr, von ebenjener Entwicklung überholt zu werden.

1 Die Arbeitswelt wird zunehmend digitaler. Viele Berufsfelder befinden sich bereits jetzt in einem  
2 Wandlungsprozess, der viele Menschen zurücklässt und vielleicht überflüssig machen kann. Neue  
3 Berufsfelder tun sich dagegen auf und benötigen qualifiziertes Personal. Solange die Heranwach-  
4 senden allerdings im Schulsystem der Industrialisierung und der Preußenzeit weiterhin im Rah-  
5 men simpler Wissensvermittlung geschult werden, wird es an diesem Personal fehlen. Auch hier  
6 tut sich ein Problemfeld auf: Ohne eine Bildung über Medien wird eine Bildung mit Medien nicht  
7 mehr ausreichen. Auch der Fachunterricht muss sich anpassen. Der Fokus muss zukünftig mehr  
8 denn je auf dem Kompetenzerwerb liegen – und neue Felder wie Selbstverwirklichung und Glück  
9 erschließen. Ästhetische, soziale, kooperative und kreative Kompetenzen werden in einer digitali-  
10 sierten Welt die Rolle vieler menschlicher Aufgaben darstellen. [2]

11 An all diesen neuen Herausforderungen hat die Politik bislang keine Führungsrolle angenommen.  
12 „Bildung als Schlüssel für Umgang und Gestaltung der digitalen Revolution“ wird zwar gerne auf  
13 Sonntagsreden proklamiert, im Bildungssektor kommt davon allerdings viel zu wenig an. Der be-  
14 reits angesprochene Digitalpakt ist dabei ein Anfang, wohl aber lediglich finanzieller Art. Privat-  
15 wirtschaftliche Stiftungen und Initiativen dagegen fördern digitale Schulen aus der Perspektive  
16 der Schulentwicklung und zeichnen ebenjene aus, bilden Netzwerke und laufen der öffentlichen  
17 Hand den Rang ab. [3]

18 Nicht zuletzt liegt es an der Aus- und Fortbildung der Lehrer\*innen, um ein ganzheitliches Ver-  
19 ständnis von Digitaler Bildung selbst zu verinnerlichen und dann auch im Unterricht aufzuzeigen.  
20 Hier sehen wir die Länder in der Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um digitale Kompetenzen in  
21 die Lehramtsstudiengänge aller Fächer zu implementieren und zu fördern. Nur, wenn die Lehr-  
22 kräfte als Multiplikator\*innen in ihren Einzelschulen das Thema proaktiv in den Alltag einbetten,  
23 kann die Schulentwicklung vor Ort gelingen. Top-Down-Regelungen müssen mit Bottom-Up-Be-  
24 wegungen kombiniert werden, um schnellen Wandel herbeizuführen.

25 Konkret fordern wir also:

- 26 - Digitale Bildung, in Anlehnung an das Dagstuhl-Dreieck, statt veralteter Medienbildung in  
27 die Curricula aller Fächer implementieren
- 28 - Flächendeckende Fort- und Weiterbildungen für Lehrende aller Bildungsinstitutionen von  
29 Kita über Schule bis zur Hochschule anbieten
- 30 - Die Ausbildung künftiger Lehrkräfte verpflichtend um digitale Kompetenzen erweitern

- 1 - Einen ganzheitlichen, digitalen Wandel an den Schulen durch langfristige Förderpro-
- 2 gramme und eine bundesweite Grundfinanzierung sicherstellen
- 3 - Lehrpläne dem digitalen Wandel anpassen durch stärkere Fokussierung auf soziale, äs-
- 4 thetische, kommunikative, kreative, problemlöseorientierte und auf die Selbstverwirkli-
- 5 chung bezogene Kompetenzen

6 **Begründung:**

7 *erfolgt mündlich.*

8 **Anmerkungen:**

9 [1] <http://dagstuhl-dreieck.de/>

10 [2] Vgl. dazu vertiefend. Olaf-Axel Burow (2014). Digitale Dividende. Ein pädagogisches Update  
11 für mehr Lernfreude und Kreativität in der Schule. Weinheim: Beltz.

12 [3] Als bekanntestes Beispiel gilt das Forum Bildung Digitalisierung: <https://www.forumbd.de/>



## Beschluss 2019.C3: Solidarität mit Fridays for Future

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: -

1 Wir Jusos Göttingen solidarisieren uns mit der weltweiten Fridays for Future-Bewegung hinsicht-  
2 lich ihrer inhaltlichen Forderungen und der wöchentlichen Demonstrationen der Schüler\*in-  
3 nen rund um die Welt. Es ist ein demokratisches Mittel der Schüler\*innen, gegen die Missstände  
4 in Umwelt- und Klimaschutzpolitik hinzuweisen und ihrem Anliegen durch das Fernbleiben von  
5 Schulunterricht Nachdruck zu verleihen. Das politische Engagement der Jugendlichen ist vorbild-  
6 lich und sollte auch entsprechend eingeordnet werden.

7 Forderungen von Politiker\*innen und gesellschaftlichen Akteur\*innen, eine Verschiebung der De-  
8 monstrationen auf Wochenenden vorzunehmen, lehnen wir ab und werden verurteilt. Politikver-  
9 drossenheit bei der jungen Generation zu bedauern und gleichsam politisches Engagement als  
10 Schulschwänzen abzutun, ist paradox und lenkt vom richtigen und wichtigen Anliegen der De-  
11 monstrierenden ab!

12 Wir fordern vielmehr alle Menschen dazu auf, sich den Demonstrationen anzuschließen und sich  
13 mit den Anliegen der Schüler\*innen zu solidarisieren. Klimaschutz ist keine Frage des Alters oder  
14 des Berufsstandes und hat unmittelbare Auswirkungen auf alle. Das Engagement der Schüler\*in-  
15 nen muss erhört und unterstützt werden, den Forderungen müssen Taten folgen.

16 Nicht zuletzt fordern wir daher, in Reaktion auf die Proteste, die Politik nachdrücklich dazu auf,  
17 entsprechende Sofortmaßnahmen und einen langfristigen Kurswechsel im Bereich Umwelt- und  
18 Klimaschutz zu veranlassen und damit einen wirklichen Beitrag zur Rettung des Weltklimas zu  
19 leisten. National, europäisch und global muss daran gearbeitet werden, Schlimmstes zu verhin-  
20 dern.

21 **Begründung:**

22 *erfolgt mündlich.*

# E1

## Beschluss 2019.E1: Europa united – unser Europawahlkampf

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: -

1 Die Europawahl rückt immer näher und wir wissen, dass diese Wahlen richtungsentscheidend  
2 sein werden für die Zukunft der EU. Entweder gewinnen progressive Kräfte, die Europa voranbrin-  
3 gen werden, oder es gewinnen diejenigen, die den Fortschritt verhindern wollen und zurück zu  
4 mehr Kompetenzen in den Nationalstaaten wollen.

5 Deshalb werden wir Jusos, sowohl im Unterbezirk, als auch darüber hinaus, einen starken proeu-  
6 ropäischen Wahlkampf auf die Beine stellen, der zeigt, dass....

7 - die Europäische Union auch viel Verbesserungsbedarf hat.

8 Es bringt nichts, nur von den guten Seiten der EU zu reden. Wer ein starkes Europa möchte, muss  
9 sich auch mit den Schwächen auseinandersetzen.

10 Als eine der größten Schwächen sehen wir die fehlende europäische Migrations-, und Flüchtlings-  
11 politik. Noch immer sterben Tausende im Mittelmeer, weil es keine gesamteuropäische Lösung  
12 gibt. Für uns ist klar: diese Situation muss beendet werden. Wenn es keine Lösung mit der gesam-  
13 ten EU gibt, dann müssen einzelne Staaten eingreifen und gemeinsam eine Koalition der Willigen  
14 bilden. Sie müssen das Sterben im Mittelmeer beenden und die Flüchtlinge aufnehmen. Dabei ist  
15 es unser Ziel, dass Deutschland Teil einer solchen Koalition wird.

16 Eine weitere Schwäche der EU ist die bisher unzureichend ausgestaltete soziale Säule. Wir brau-  
17 chen ein sozialeres Europa, dass sich vor allem den Menschen, nicht den Konzernen, verpflichtet  
18 fühlt. Dazu zählen z.B. mehr und bessere Arbeitnehmer\*innenrechte und eine bessere Jugend-  
19 politik.

20 - es echten Fortschritt in Europa eben nur mit der EU geben kann.

21 Die Vergangenheit hat bewiesen, dass es wichtige Regelungen nur wegen der EU gibt. Ohne sie  
22 hätte es z.B. nie die sog. Entsenderichtlinie gegeben. Wir werden im Wahlkampf zeigen: die EU ist  
23 der Motor, den wir brauchen, um in entscheidenden Fragen voranzukommen. Z.B. im Bereich von  
24 Umweltpolitik kann nur eine gemeinsame Lösung helfen und den Klimawandel stoppen. Wenn  
25 jeder Nationalstaat seinen eigenen Weg geht, bringt uns das nicht weiter. Das ist nur eines von

1 vielen Beispielen, das zeigt: Mit der EU können wir bessere und effektivere Lösungen finden, als  
2 ohne sie.

3 - junge Leute die EU brauchen.

4 Vor allem die junge Generation kann von einem starken Europa profitieren. Die Privilegien, mit  
5 denen viele von uns aufgewachsen sind (Reisefreiheit, Freizügigkeit etc.), können auch leicht zer-  
6 stört werden. Deshalb werden im Wahlkampf vor allem darauf setzen, den jungen Menschen zu  
7 zeigen, dass sie die EU brauchen und aber auch, dass die EU sie braucht. Wir wollen junge Men-  
8 schen dazu bewegen, wählen zu gehen. Wählen zu gehen für ein fortschrittliches, zukunftsge-  
9 wandtes Europa. Ein Europa, in dem es egal ist, wo man aufwächst und seinen Bildungsabschluss  
10 macht.

11 - wir hinter der EU stehen.

12 Nur wer überzeugt von Europa ist, kann dafür auch Werbung machen. Daher werden wir uns im  
13 Vorfeld der Wahl auch noch weiter mit der EU auseinandersetzen und zeigen: für uns ist Europa  
14 immer wichtig, nicht nur während des Wahlkampfs.

15 - die SPD die Europapartei ist.

16 Wir werden uns nicht nur auf unseren eigenen Jugendwahlkampf konzentrieren, sondern auch  
17 gemeinsam mit der SPD für Europa werben. Wir werden zeigen, dass es ein progressives Europa  
18 eben nur mit starken Sozialdemokrat\*innen im Parlament geben kann. Wir sind diejenigen, die  
19 sich für ein solidarischeres und sozialeres Europa einsetzen und dafür kämpfen. Das werden wir  
20 den Bürger\*innen klarmachen und zeigen: Europa ist für die SPD die Antwort.

21 Für diese und noch viele weitere Punkte werden wir einstehen und kämpfen. Wir lassen uns un-  
22 sere Zukunft nicht von Nationalist\*innen und Euroskeptiker\*innen kaputt machen, denn es ist  
23 unsere Zukunft, die wir selbst gestalten wollen.

24 **Begründung:**

25 *erfolgt mündlich.*

# E2

Beschluss 2019.E2: Iran-Politik „überdenken“

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: -

1 Israels Existenzrecht und seine Sicherheit stehen nicht zur Debatte und sind nicht verhandelbar.  
2 Jedoch geht die Bundesregierung nie wirklich auf Distanz zu dem größten Feind Israels und einer  
3 der größten Bedrohungen der globalen Sicherheit: dem Iran. Dies muss ein Ende haben, wenn  
4 man wirklich Solidarität mit Israel zeigen will.

5 Wir fordern:

- 6 - eine Distanzierung zum iranischen Regime
- 7 - ein Ende der Umgehung der US-Sanktionen gegen iranische Unternehmen
- 8 - ein stärkerer Einsatz auf europäischer Ebene, Israel zu unterstützen und nicht aus alleinig  
9 wirtschaftlich motivierten Gründen an der Beibehaltung des Atomabkommens festzuhal-  
10 ten
- 11 - eine stärkere Solidarisierung mit Israel, sodass es nicht isoliert werden kann
- 12 - Auf Verhandlungen zu einem neuen Atomabkommen hinwirken

13 Begründung:

14 *erfolgt mündlich.*

# E3

Beschluss 2019.E3: Lifeline endlich registrieren!

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD Bezirksparteitag

- 1 Wir fordern, dass das Seenotrettungsschiff „Lifeline“ des Vereins „Mission Lifeline“ eine Registrie-
- 2 rung in ein bundesdeutsches Schiffsregister erhält. Die Registrierung des Schiffes soll dem Verein
- 3 angeboten werden.
  
- 4 Die politisch gewollte Hängepartie um die Registrierung der „Lifeline“ muss beendet werden. Hier
- 5 wird bewusst der Tod Geflüchteter in Kauf genommen. Die Bundesrepublik könnte mit der Re-
- 6 gistrirung der „Lifeline“ in Deutschland ein starkes und wirksames Signal gegen das Sterben im
- 7 Mittelmeer setzen und somit eine Vorreiter\*innenrolle einnehmen.
  
- 8 Die Lifeline soll dabei nur als erstes Beispiel dienen. Alle weiteren Rettungsboote sollen die Mög-
- 9 lichkeit erhalten, auf einfachem Weg mit niedrigen bürokratischen Barrieren die Registrierung im
- 10 bundesdeutschen Schiffsregister zu erhalten.
  
- 11 **Begründung:**
- 12 *erfolgt mündlich.*

# E4

## Beschluss 2019.E4: Schafft sichere Häfen!

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag, DV SPD Stadtverband Göttingen

1 Wir fordern die Stadt Göttingen und insbesondere die SPD vor Ort dazu auf, sich zu einem sicheren Hafen zu erklären. Dazu gehört, dass sich Stadt und Landkreis auf folgende Punkte einigen:

### 3 1 Öffentliche Solidaritätserklärung

4 Die Stadt Göttingen erklärt sich mit Menschen auf der Flucht und damit u.a. den folgenden Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch.

### 6 2 Aktive Unterstützung der Seenotrettung

7 Die Stadt Göttingen positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt zudem die Seenotrettung aktiv. Sie übernimmt außerdem die Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff oder beteiligt sich daran.

### 11 3 Aufnahme zusätzlich zur Quote

12 Die Stadt Göttingen stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher. Dabei erklärt sie sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird von der Stadt Göttingen auf ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, dem Bundesamt für Migration und dem Bundesland Niedersachsen hingewirkt.

### 18 4 Aufnahmeprogramme unterstützen

19 Die Stadt Göttingen setzt sich gegenüber dem Bundesland Niedersachsen und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden ein und bietet dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an:

- 22 - Die Stadt Göttingen fordert die Regierung des Bundeslandes Niedersachsen auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. §23 Abs. 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.

- 1 - Die Stadt Göttingen fordert die Regierung des Bundeslandes Niedersachsen und die Bun-  
2 desregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. §23 Abs. 4 AufenthG und anderen  
3 Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich  
4 höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Ver-  
5 antwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu  
6 ersparen.
- 7 - Die Stadt Göttingen erklärt sich dem Bundesland Niedersachsen und der Bundesregie-  
8 rung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Program-  
9 men verlässlich zur Verfügung zu stellen.

#### 10 5 Kommunales Ankommen gewährleisten

11 Die Stadt Göttingen sorgt für ein langfristiges Ankommen, indem alle notwendigen Ressourcen für  
12 eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Ver-  
13 sorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.

#### 14 6 Nationale und europäische Vernetzung/ Bündnis Sichere Häfen

15 Für die Umsetzung der oben genannten Punkte setzt sich die Stadt Göttingen auf regionaler, na-  
16 tionaler und europäischer Ebene aktiv ein. Stadt und Landkreis Göttingen beteiligen sich an der  
17 Gründung eines Bündnisses aller Sicheren Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer men-  
18 schenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik.

#### 19 7 Transparenz

20 Die Stadt Göttingen veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen Göttingen zu ei-  
21 nem Sicheren Hafen wird.

#### 22 Begründung:

23 *erfolgt mündlich.*

# G1

## Beschluss 2019.G1: Anerkennung der Mutterschaft lesbischer Partnerschaften

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz

1 Während mit der Ehe für alle ein wichtiger Schritt in Richtung der Gleichberechtigung getan  
2 wurde, zeigt sich, dass konservative Familienbilder immer noch viel zu sehr den politischen Alltag  
3 bestimmen. Dieses zeigt sich unter anderem im sogenannten Abstammungsrecht, welches die  
4 rechtliche Elternschaft regelt.

5 Während in heterosexuellen Ehen eine Vaterschaftsvermutung gilt, welche in §1592 BGB geregelt  
6 wird und nach der ein verheirateter Mann automatisch der Vater der Kinder seiner Frau ist, wer-  
7 den in lesbischen Ehen die beiden verheirateten Frauen\* bei der Geburt eines Kinds rechtlich  
8 nicht automatisch gemeinsam Eltern. Es muss eine aufwendige Stiefkind-Adoption erfolgen.

9 Wir unterstützen daher die von Katharina Barley angestrebte Reform des Abstammungsrechts  
10 und fordern die automatische Anerkennung der Mutterschaft beider Partnerinnen\* in lesbischen  
11 Ehen oder eingetragenen Lebenspartnerschaften.

12 **Begründung:**

13 *erfolgt mündlich.*

# G2

Beschluss 2019.G2: **Mehr Autorinnen\*, weniger Rollenklischees – macht den Deutschunterricht feministischer!**

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag

1 Die Schule ist nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern soll vor allem auch Werte ver-  
2 mitteln und Schüler\*innen zu mündigen, sich verantwortlich in die Gesellschaft einbringenden  
3 Persönlichkeiten machen. Dazu gehört, das Bewusstsein für die gesellschaftliche Ungleichheit von  
4 Frauen und Männern zu wecken und die Reproduktion von Rollenbildern und Stereotypen aktiv  
5 zu bekämpfen. Das darf im Deutschunterricht nicht vergessen werden.

#### 6 Kein Deutsch-Abi ohne kritische Reflexion der patriarchalen Strukturen

7 In der Qualifikationsphase (Klasse 11+12 des Gymnasiums) gibt es in Niedersachsen für den  
8 Deutschunterricht sieben Rahmenthemen, die jeweils aus einem Pflicht- und acht Wahlpflichtmo-  
9 dulen bestehen. In keinem der Pflichtmodule ist die kritische Auseinandersetzung mit Frauenbil-  
10 dern oder patriarchalen Strukturen verankert. Bei den Wahlpflichtmodulen sieht es nicht viel bes-  
11 ser aus. Nur drei von 56 behandeln konkret Themen wie eine kritische Reflexion der Frauenrolle  
12 in den zu lesenden Werken. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Module nicht behandelt wer-  
13 den müssen, sondern frei wählbar (oder eben nichtwählbar) sind. Dabei wäre ein kritischer Um-  
14 gang mit den Frauenrollen der vorgeschriebenen Literatur dringend nötig. Von Goethes „Faust“  
15 über Kafkas „Verwandlung“ bis zu Büchners „Woyzeck“ - überall herrschen patriarchale Struktu-  
16 ren, Frauen werden vergewaltigt, ermordet und existieren nur in den Rollen der Geliebten, Mutter,  
17 Schwester oder Dienerin.

18 Wir fordern die Erweiterung jedes Pflichtmoduls um mindestens ein, die patriarchalen Strukturen  
19 und Frauenrollen reflektierendes Pflichtthema, wie z.B. „Patriarchalische Familienstrukturen in  
20 Dramen“, „Ich-Suche und Emanzipation von gesellschaftlichen Rollenerwartungen“ und „Emanzi-  
21 pation und Geschlechterrollen in Literatur“ die zurzeit schon als Wahlthemen existieren. So soll  
22 gewährleistet werden, dass Schüler\*innen lernen, die in der Literatur (und anderswo) reprodu-  
23 zierten Rollenbilder, zu hinterfragen und zu kritisieren.

#### 24 Frauenquote für Schullektüren

25 Doch nicht nur in der Qualifikationsphase gibt es Nachholbedarf. Schaut man sich die Literatur-  
26 empfehlungen für die Klassen 5 bis 10 der IGS an, so stellt man fest, dass der Anteil an Autoren

1 75% beträgt. Nur ein Viertel der empfohlenen Bücher wurde also von Frauen\* verfasst. So festi-  
2 gen sich die gesellschaftlichen Rollenbilder, welche wir eigentlich zerbrechen wollen und vielen  
3 jungen Frauen fehlen die tatsächlichen Vorbilder, welche ihnen zeigen, dass sie ihre Ziele errei-  
4 chen können.

5 Wir fordern, dass mindestens die Hälfte der empfohlenen Literatur von Frauen\* geschrieben sein  
6 muss und das Lehrer\*innen dazu angehalten werden, mit ihren Klassen genauso viel Literatur  
7 von Frauen\* wie von Männern zu lesen.

8 Das Patriarchat muss überall bekämpft werden, lasst uns nicht im Deutschunterricht damit auf-  
9 hören!

10 **Begründung:**

11 *erfolgt mündlich.*

# G3

## Beschluss 2019.G3: Die Rechte von Inter\*Menschen umsetzen und ausbauen!

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

1 Die Jusos Göttingen fordern ein radikales Umdenken gegenüber Inter\*Menschen. Die kosmeti-  
2 schen Operationen an Säuglingen und Kindern zur Geschlechtsvereinheitlichung und eindeutigen  
3 Zuordnung in das binäre Geschlechtssystem, fallen zwar unter § 226a StGB (Genitalverstümm-  
4 lung) bzw. §§ 223 ff. StGB (Körperverletzung), doch ist die Zahl der Operationen dadurch nicht  
5 maßgeblich zurückgegangen. [1] Darüber hinaus gibt es weitere Behandlungen, die das Recht auf  
6 Unversehrtheit des Menschen antasten, so etwa die Behandlung durch Medikamente und/oder  
7 Hormone, die eine Zuordnung zum binären Geschlechtssystem herstellen sollen oder Psychothe-  
8 rapien mit derselben Absicht.

9 In der Folge solcher Eingriffe leiden viele Betroffene unter psychischen Problemen und müssen  
10 sich risikoreichen und belastenden Folgebehandlungen unterziehen. Darüber hinaus wird ihnen  
11 das Recht der freien Selbstentfaltung abgesprochen, indem man sie zwingt, ein Geschlecht anzu-  
12 nehmen und ihnen nicht selbst die Entscheidung überlässt – auch und vor allem, wenn sie sich  
13 nicht als binär männlich\* oder binär weiblich\* definieren wollen.

14 Die strafrechtliche Verfolgung der oben beschriebenen Eingriffe, ohne Einwilligung der\*des mün-  
15 digen Patient\*in, muss daher konsequent umgesetzt werden. Eine Operation ohne Einwilligung  
16 der\*des Mündigen ist nur in den größten Ausnahmen denkbar, wenn eine gesundheitliche Gefahr  
17 für das Kind besteht. In diesen Fällen, in denen die Gesundheit des Kindes in Gefahr sein könnte,  
18 muss eine hohe Absicherung erfolgen, z.B. unter Zuhilfenahme weiterer Ärzt\*Innen, Beratungs-  
19 stellen für Intersexualität und so fort. Außerdem muss deutlich werden, dass die Pathologisierung  
20 von Intersexualität häufig auf der Deutung basiert, dass Abweichungen von der Geschlechterbi-  
21 nariät als korrekturbedürftig betrachtet werden.

22 Weiterhin fordern wir präventive Maßnahmen, die langfristig das Bild von Intersexualität als etwas  
23 Korrekturbedürftigem und Abweichendem, verändern. Dieser Prozess muss dazu führen, dass  
24 die Grundrechte von Inter\*Menschen nicht mehr verletzt werden. Wir fordern eine Schulbildung,  
25 die dieses Thema aufgreift, eine umfassende Auseinandersetzung in der Medizin mit diesem  
26 Thema und eine Förderung von Organisationen, die als beratende Stellen tätig sind. Verbote

1 erscheinen in diesem Zusammenhang als kurz- bis mittelfristige Maßnahmen, die durch eine kon-  
2 sequent ausgebaute und erreichbare Aufklärungsarbeit und Beratungsangebote nicht zur An-  
3 wendung gebracht werden müssen. Wir Jusos lehnen „Normalisierungs“-Praktiken ab und fordern  
4 eine Wahrnehmung von geschlechtlicher Diversität in unserer Gesellschaft.

5 Intersexualität nicht länger zu pathologisieren und eine Selbstbestimmtheit der Betroffenen zu  
6 fördern und Zwangszuordnung in das binäre Geschlechtssystem zu verhindern, ist darüber hin-  
7 aus auch eine europäische Aufgabe:

8 „In mindestens 21 EU-Mitgliedstaaten werden intersexuelle Kinder geschlechtszuweisenden Ope-  
9 rationen unterzogen. In acht Mitgliedstaaten müssen die gesetzlichen VertreterInnen des Kindes  
10 zustimmen, 18 Länder setzen das Einverständnis der PatientInnen voraus. Die Einbeziehung von  
11 Kindern in derartige Entscheidungen stellt jedoch eine Grauzone dar, da Faktoren wie beispiels-  
12 weise das Alter des Kindes bestimmen, ob die Entscheidung beim Kind oder bei den Eltern liegt.“  
13 [2]

14 **Begründung:**

15 *erfolgt mündlich.*

16 **Anmerkungen:**

17 [1] Ulrike Klöppel und Katja Sabisch (Hg): Zur Aktualität kosmetischer Operationen „uneindeutiger“  
18 Genitalien im Kindesalter, Berlin 2016. Eingesehen unter: [https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/gender-bulletins/bulletin-texte/texte-42/kloeppel-2016\\_zur-aktualitaet-kosmetischer-genitaloperationen](https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/gender-bulletins/bulletin-texte/texte-42/kloeppel-2016_zur-aktualitaet-kosmetischer-genitaloperationen)

21 [2] Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights, 2015. Eingesehen unter: <https://fra.europa.eu/de/press-release/2015/die-rechte-intersexueller-werden-allzu-haefig-nicht-zur-kenntnis-genommen>

# G4

## Beschluss 2019.G4: Frauen\*solidarität – empowered women empower women

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

1 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und zählen die Überwindung des Patriarchats  
2 zu unseren zentralen Zielen, um eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu ermöglichen. Recht-  
3 liche und politische Gleichheit haben Frauen auf dem Papier in den allermeisten Bereichen be-  
4 reits erkämpft. Aktive, gelebte Gleichstellung wird in sehr vielen Bereichen aber weiterhin durch  
5 patriarchale Strukturen und Alltagssexismus verhindert. Diese patriarchalen Strukturen aufbre-  
6 chen zu wollen, ist richtig und muss ein Hauptziel unserer feministischen Bewegung sein. Die Au-  
7 torin Caroline Rosales formuliert in einem Artikel aber treffend: „Es wird viel geredet über die  
8 Gründe einer patriarchalisch geprägten Arbeitswelt und unserer sexistischen Gesellschaft allge-  
9 mein, doch nie über den Nährboden, der das Wachstum solcher männlich-dominierten Macht-  
10 strukturen begünstigt.“ [1]

11 Wie ist das zu verstehen? In unseren Frauen\*netzwerken, Frauen\*empowermentprogrammen  
12 und Feminist Fight Clubs predigen wir den Zusammenhalt unter Frauen\*. Wir wollen uns gegen-  
13 seitig supporten, uns empoweren, Frauen\*solidarität ist das Stichwort. Doch zur Wahrheit gehört  
14 auch, dass Frauen\*netzwerke bei weitem nicht so gut funktionieren wie die geknüpften Seilschaf-  
15 ten zwischen Männern. Woran aber kann das liegen? Das hat natürlich auch mit Geschlechterrol-  
16 len und Sozialisation zu tun: So beschreibt die Psychologin Mechthild Erpenbeck, dass Männer  
17 eher Oben-unten-Positionen auskämpfen würden und sich erst nach Klärung eines Machtkamp-  
18 fes dem nächsten Kampf widmen würden. Frauen hingegen fühlten sich schneller auf einer per-  
19 sönlichen Ebene angegriffen und in ihren Machtkämpfen ginge es schneller um eine wahrgenom-  
20 mene existenzielle Bedrohung und deren Vernichtung. Darauf fußt das fragile Zusammenspiel  
21 von Beziehungen zwischen Frauen\*. Sie fördern selten Nachfolgerinnen\*, gönnen sich gegensei-  
22 tig keine Erfolge, sondern stehen oft als Einzelkämpferinnen\* dar und greifen sich oft auf einer  
23 passiv-aggressiven Ebene an. Mädchen\* werden von der Gesellschaft zu Konkurrentinnen\* erzo-  
24 gen, die sich auch aufgrund der verstärkenden patriarchalen Strukturen eher im Kampf zu Ge-  
25 schlechtsgenossinnen\* sehen. Das konnten die Evolutionsforscherinnen Anne Campbell und  
26 Paula Stockley nachweisen: „Mädchen und Frauen, die ihr Verhalten nicht der sozialen Norm

1 anpassen, müssen den Verlust ihrer Freundschaften fürchten. Durch alle sozialen Schichten be-  
2 vorzugten Frauen demnach im Konkurrenzkampf um einen männlichen Partner Strategien wie  
3 indirekte Aggression, Rufschädigung und Ausgrenzung der Mitbewerberin, dagegen aber weniger  
4 körperliche Gewalt als Männer.“ [2]

5 Politische Auseinandersetzungen oder sogar persönliche Konflikte kann es natürlich auch unter  
6 Frauen\* geben. Sie haben ihre Berechtigung, solange sie anhand der Sache geführt werden und  
7 sich nicht durch strukturelle Gegebenheit bedingen oder sogar verstärkt werden. Denn unter  
8 Frauen\* ist dieser Konkurrenzkampf besonders toxisch: Frauen\* stechen sich gegenseitig aus  
9 und werden zusätzlich von patriarchalen Machtstrukturen eingeschränkt. Das bedeutet natürlich  
10 nicht, dass Frauen\* an diesen Machtstrukturen schuld sind, wir könnten sie aber besser bekämp-  
11 fen, wenn wir uns mit aller Selbstverständlichkeit gegenseitig fördern, empfehlen und loben wür-  
12 den.

13 Frauen\*solidarität bedeutet für uns, dass wir als Frauen\* an der Seite von Frauen\* stehen, dass  
14 wir gemeinsam für unsere Belange eintreten, dass wir Netzwerke bilden, uns gegenseitig unter-  
15 stützen und besonders dann andere Frauen\* empoweren, wenn wir es selbst in Führungspositio-  
16 nen geschafft haben. Frauen\*solidarität bedeutet aber auch, dass wir offen mit Kritik umgehen,  
17 dass das Kritisieren einer anderen Frau\* weiterhin möglich sein muss und dass wir Frauen\*em-  
18 powerment als gemeinsam Weg sehen, denn Förderung ist keine Einbahnstraße. Nicht mit jeder  
19 Frau\* muss man aufgrund ihres Geschlechts automatisch solidarisch sein, in einem politischen  
20 Richtungsverband muss man sich vor allem auch in der inhaltlichen Auseinandersetzung einig  
21 werden. In der Sache muss weiterhin Streit und auch Kritik möglich sein. Frauen\*solidarität darf  
22 nicht zu einem sanktionierenden Kampfbegriff degradiert werden, um andere Frauen\* zu sankti-  
23 onieren. Stattdessen müssen wir das Miteinander stärken und uns unserer gemeinsamen Kämpfe  
24 bewusst werden. Wir müssen offen und reflektiert damit umgehen, wo wir eventuell sogar patri-  
25 archale Strukturen als Frauen\* nutzen und diskutieren, wie wir dies vermeiden können.

26 Um mit Caroline Rosales zu schließen und eine Richtung für die Zukunft unserer Frauen\*em-  
27 powermentstrukturen aufzuzeigen: „Gelebte Gleichberechtigung in allen Bereichen heißt vor al-  
28 lem auch, dass Frauen endlich lernen, sich auch untereinander wertzuschätzen, dass sie klatschen  
29 und nicht lästern“ [3].

30 **Begründung:**

31 *erfolgt mündlich.*

1 Anmerkungen:

2 [1] ROSALES, Caroline, Die ewige Missgunst, URL: <https://www.zeit.de/kultur/2018-01/gleichbe->  
3 [rechtigung-metoo-frauen-solidaritaet-10nach8/komplettansicht](https://www.zeit.de/kultur/2018-01/gleichbe-rechtigung-metoo-frauen-solidaritaet-10nach8/komplettansicht) (18.03.2019).

4 [2] ebd.

5 [3] ebd.

# G5

Beschluss 2019.G5: **Jamais sans elles – Niemals ohne sie!**

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Unterbezirksparteitag

1 Wir fordern, dass eine ähnliche Initiative wie die französische Initiative „Jamais sans elles“ auch in  
2 Deutschland gestartet wird.

3 Dafür sollen sich die Niedersächsische Landesregierung, möglichst alle Regierungen der Bundes-  
4 länder, sowie die Bundesregierung, dazu verpflichten, dass Ihre Vertreter\*innen an keinen Kon-  
5 ferenzen, Aktionen, Podien, Terminen oder ähnlichem mehr teilnehmen, zu denen keine Frauen  
6 eingeladen sind.

7 Es soll die Möglichkeit geben, dass Unternehmen, Verbände und Vereine sich der Initiative an-  
8 schließen.

9 **Begründung:**

10 Die Initiative Jamais sans elles wurde in Frankreich ins Leben gerufen und zielt darauf ab, dass es  
11 keinerlei Veranstaltungen mehr gibt, an denen keine Frauen teilnehmen, weil sie nicht eingeladen  
12 sind.

13 Solch eine Initiative brauchen wir auch in Deutschland. Zu oft kommt es vor, dass auch bei Podien  
14 o.ä. der Landesregierung, oder auch der Bundesregierung, nur Männer vertreten sind. Damit  
15 muss Schluss sein! Frauen müssen sichtbarer werden und das funktioniert oft nur damit, dass  
16 darauf aufmerksam gemacht wird, dass keine Frauen da sind.

17 Eine solche Initiative zeigt klar: Frauen sind ein Teil unsere Gesellschaft und egal zu welchem  
18 Thema, auch sie haben Ahnung davon und sollten sich dazu äußern dürfen. Eine solche Initiative  
19 würde aber auch zeigen: Gleichstellung geht nur gemeinsam.

# G6

## Beschluss 2019.G6: Mehr Unterstützung für Frauen\*häuser

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Unterbezirksparteitag

1 Im Jahr 2017 wurden 147 Frauen\* Opfer von Partner\*innenschaftsgewalt. Laut Bundeskriminal-  
2 amt sind über 82 Prozent der Frauen\* von Partner\*innenschaftsgewalt betroffen. [1] Mit der Ra-  
3 tifizierung verschiedener internationaler und nationaler rechtlicher Normen, wie beispielsweise  
4 der Europäischen Menschenrechtskonvention oder des 2011 beschlossenen „Übereinkommens  
5 des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“,  
6 hat der Staat einen Schutzauftrag für Frauen\* übernommen. Um Frauen\* und Kinder vor sexuel-  
7 ler oder häuslicher Gewalt zu schützen, ist es notwendig, Hilfesysteme zu schaffen und aufrecht-  
8 zuerhalten.

### 9 Finanzierung Frauen\*häuser

10 Eine Maßnahme zum direkten Schutz von Frauen\* vor häuslicher Gewalt stellen dabei Frauen-  
11 häuser dar. Wichtig sind dabei die leichte Zugänglichkeit für Betroffene sowie die ausreichende  
12 Versorgung mit Schutzplätzen. Für eine ausreichende Versorgung soll dabei laut Europarat ein  
13 Platz pro 7500 Einwohner\*innen zur Verfügung stehen. Diese Quote wird von Deutschland deut-  
14 lich verfehlt.

15 Dies hat zur Folge, dass vielen Frauen\* regelmäßig auf Grund von Überfüllung kein Platz in  
16 Frauen\*häusern geboten werden kann beziehungsweise diese auf andere oftmals weit weg gele-  
17 gene Frauen\*häuser verwiesen werden. Insbesondere in ländlichen Gebieten müssen von häus-  
18 licher Gewalt Betroffene oftmals sehr große Entfernungen zurücklegen, um die Möglichkeit eines  
19 Schutzplatzes wahrnehmen zu können. Für Viele ist dies auf Grund eines Arbeitsverhältnisses  
20 oder jüngerer Kinder schwer bis unmöglich. Rechnet man die große Zahl all derer, die sich nicht  
21 an Beratungsstellen wenden, hinzu, stellt man einen erheblichen Mangel an Schutzplätzen fest.  
22 Eine Absage auf einen Platz im Frauen\*haus für die Betroffenen führt oftmals zu einem Vertrau-  
23 ensverlust in Beratungs- und Hilfsstellen und lässt die von Gewalt Betroffenen schutzlos zurück.

24 Für uns ist klar: Jede Frau\*, die häusliche Gewalt erlebt, muss jederzeit die Möglichkeit haben,  
25 wohnortnah Schutz und Betreuung zu erfahren. Wir fordern daher einen Rechtsanspruch auf ei-  
26 nen Frauen\*hausplatz. Dieser muss mit einer besseren finanziellen Ausstattung von

1 Frauen\*häusern und anderen Schutz- und Beratungsstellen einhergehen. Insbesondere sollen  
2 diese Stellen auch im ländlichen Raum geschaffen werden.

3 Ein Finanzierungsmodell in Form einer Tagessatzfinanzierung lehnen wir ab, da diese die Kosten  
4 des Aufenthalts lediglich auf die Betroffenen abwälzen. So wird die Gewalt gegen Frauen\* zum  
5 individuellen Problem der einzelnen Frau\*. Hinzukommt, dass durch diese Art der Finanzierung  
6 bestimmten Personengruppen wie beispielsweise Frauen\* ohne gesicherten Aufenthaltsstatus,  
7 Auszubildenden, Studierenden oder Sozialhilfeempfängerinnen\* der Zugang zu Frauen\*häusern  
8 gänzlich verwehrt wird oder die Frauen\*häuser die Kosten selber tragen müssen. Gewalt gegen  
9 Frauen\* ist ein gesellschaftliches Problem, welches als solches erkannt und bekämpft werden  
10 muss. Hierbei darf Hilfe nicht von der finanziellen Situation der Schutzsuchenden abhängen.

11 Als Unterstützung für die Kommunen fordern wir daher sowohl eine finanzielle Beteiligung des  
12 Bundes, als auch eine langfristig gesicherte Erhöhung der Landesmittel für Schutz- und Bera-  
13 tungsstellen. Ziel muss es sein, langfristig eine einheitliche, unbürokratische und verlässliche Re-  
14 gelung zur Finanzierung von Frauen\*häusern und Beratungsstellen zu schaffen.

#### 15 Inklusive Frauen\*häuser

16 Nicht nur Überfüllung ist ein Problem der mangelnden Finanzierung. So lässt sich insbesondere  
17 ein Mangel an Plätzen für Frauen\* mit Behinderung feststellen. So zeigt sich, dass nur knapp 19  
18 Prozent der von der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauen\*häuser befragten  
19 Frauen\*häuser angeben, barrierefrei zu sein. Es zeigt sich jedoch, dass erwachsene Frauen mit  
20 Behinderungen/Beeinträchtigungen doppelt so häufig von psychischer Gewalt und von körperli-  
21 cher Gewalt betroffen sind und sogar 2 - 3 Mal so häufig von sexualisierter Gewalt. Dies ist für uns  
22 nicht haltbar – auch hier muss direkt gehandelt werden! [2]

23 Wir fordern daher, dass Inklusion auch auf dem Gebiet von Schutz und Unterstützung von ge-  
24 waltbetroffenen Frauen\* und ihren Kindern stattfindet. Des Weiteren fordern wir eine Finanzie-  
25 rung zur Herstellung von Barrierefreiheit der Frauen\*häuser, sei dies durch Nachbesserungen  
26 oder den Bau weiterer, barrierefreier Wohneinheiten.

#### 27 Mädchen\*häuser schaffen

28 Neben erwachsenen Frauen\* sind auch bereits junge Mädchen\* von Gewalt betroffen. Dies geht  
29 oftmals mit einer Abhängigkeitssituation von Betroffenen und Täter\*innen einher. Um dieser be-  
30 sonderen Situation gerecht zu werden, fordern wir die flächendeckende Einrichtung und Förde-  
31 rung von Mädchen\*häusern, welche einen Schutzraum für minderjährige Mädchen bieten sollen.

1 Hier gilt es, Personal für diese besondere Situation zu schulen und Projekte in Form von speziellen  
2 Beratungsstellen, Online Beratungen und Hilfetelefonen zu fördern.

### 3 Konzeptionelle Einschränkungen bekämpfen

4 Trotz weitreichender Bemühungen zeigen sich räumliche und konzeptionelle Einschränkungen,  
5 welche sich in Ab- und Weiterverweisungen Betroffener äußern. So sind insbesondere psychisch  
6 kranke, akut Suchtkranke, Frauen mit älteren Söhnen oder Haustier, aber auch Trans\*frauen, von  
7 diesen Einschränkungen betroffen. Dazu kommen fehlende personelle Ressourcen vor Ort.

8 Für uns ist klar, dass alle Frauen\* die Möglichkeit auf einen Platz im Frauen\*haus haben sollen.  
9 Wir fordern daher, dass in jedem Frauen\*haus verschiedene räumliche Möglichkeiten für ver-  
10 schiedene Bedarfe von Frauen\* vorhanden sind. Des Weiteren fordern wir die Schaffung von  
11 Schutzräumen für Trans\*frauen, mehr abgetrennte Apartments für Frauen\* mit älteren Söh-  
12 nen und mehr Wohneinheiten mit eigenen Küchen. Außerdem fordern wir finanzielle Mittel für  
13 Fortbildung und Supervision des beratenden Personals sowie die dauerhafte Kooperation mit  
14 ambulanten Beratungsangeboten für psychisch erkrankte oder sucht erkrankte Frauen.

### 15 Begründung:

16 *erfolgt mündlich.*

### 17 Anmerkungen:

18 [1] [https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/dr--franziska-giffey-stellt-neue-zahlen-zur-partnerschaftsgewalt-](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/dr--franziska-giffey-stellt-neue-zahlen-zur-partnerschaftsgewalt-2017-vor/130802)  
19 [2017-vor/130802](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/dr--franziska-giffey-stellt-neue-zahlen-zur-partnerschaftsgewalt-2017-vor/130802)

20 [2] <https://www.autonome-frauenhaeuser-zif.de/de/content/zugang-zu-schutz-und-hilfe>



## Beschluss 2019.G7: Frauen\* in MINT

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Unterbezirksparteitag

- 1 Der Begriff MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Noch immer
- 2 gelten diese Berufsgruppen als „Männerdomänen“. Die Gründe dafür sind vielfältig, hängen aber
- 3 oftmals mit stereotypen Geschlechterbildern zusammen.
  
- 4 Naturwissenschaften unterliegen dabei immer noch in einem hohen Maße dem gesellschaftlichen
- 5 Verständnis einer zweigeschlechtlichen Ordnung. Das in der Gesellschaft vorliegende dualistische
- 6 Verständnis von Begriffen wie Vernunft und Gefühl wird oftmals mit einem System von männlich
- 7 und weiblich assoziiert und es kommt zur Bildung von Stereotypen und Klischees. Diese Stereo-
- 8 type werden sowohl über Medien, Eltern, Freund\*innenschaften und Lehrkräfte vermittelt und
- 9 entstehen bereits ab der Kita. Sie äußern sich bereits in der Grundschule, wo selbst bei gleichen
- 10 Leistungen eine Zuordnung von Mathematik als „männlich“ vorgenommen wird. Interesse an klas-
- 11 sischen MINT Fächern wird bei Frauen\* mit Attributen wie „unfeminin“ assoziiert.
  
- 12 Ziel muss es sein, gesellschaftlich gesetzte Stereotype und unterbewusste Klischees aufzubre-
- 13 chen. Für eine stereotypenfreie Bildung müssen jedoch alle Lehrkräfte, Berufsberater\*innen so-
- 14 wie Personen, die in der Lehrkräfteaus- und weiterbildung tätig sind, Genderkompetenz vermittelt
- 15 bekommen. Dies muss bereits für die Erzieher\*innenausbildung gelten. Hier fordern wir eine
- 16 Schwerpunktsetzung auf die Sensibilisierung für die Entwicklung von Geschlechterrollen.
  
- 17 Auch Angebote wie der „Zukunftstag“ oder „Mädchen und Technik (MuT)“ spielen eine wichtige
- 18 Rolle. Diese wollen wir durch weitere Projekte dieser Art unterstützen und fördern. Dabei ist eine
- 19 Ausweitung des Zukunftstages von einem auf zwei Tage zu betrachten. Diese Tage sollen dazu
- 20 genutzt werden, Schüler\*innen einen Einblick in geschlechtsuntypische Berufe zu geben.
  
- 21 Nicht nur Klischees, sondern auch das Fehlen von Förderung und Vorbildern ist Ursache dafür,
- 22 dass Frauen\* im Bereich MINT unterrepräsentiert sind. Bereits früh erfahren MINT-begeisterte
- 23 Schülerinnen\* zu wenig Bestätigung und Förderung. Hier gilt es anzusetzen. Um das Interesse
- 24 von Schüler\*innen im MINT-Bereich zu fördern, benötigen wir Lehrerinnen\* in diesen

1 Schulfächern. Auch heute noch sind viele Frauen\*, die in Bereichen arbeiten bzw. gearbeitet ha-  
2 ben, in der Gesellschaft unsichtbar. Es gilt diese sichtbar zu machen und Zugehörigkeitsgefühle  
3 von Frauen\* zu MINT Bereichen zu schaffen.

4 Auch im universitären Bereich zeigt sich, dass zwar die Zahl der Studienanfängerinnen\* im MINT-  
5 Bereich steigt, jedoch immer noch wenige Frauen\* eine akademische Karriere einschlagen. Ins-  
6 besondere nach der Promotion verlassen Frauen\* den akademischen Betrieb. Hier verbinden  
7 sich die prekären Verhältnisse im akademischen Betrieb und strukturelle Diskriminierung. Um  
8 dieser strukturellen Diskriminierung entgegenzutreten, müssen Frauen\* im Bereich der Promo-  
9 tion und Habilitation durch Förderprogramme, Frauen\*empowerment und Frauen\*netzwerkpro-  
10 gramme, die sich über die verschiedenen Stufen des akademischen Betriebes erstrecken, unter-  
11 stützt werden. Des Weiteren fordern wir eine Frauen\*quote für Tenure-Track-Programme, für den  
12 akademischen Mittelbau und Professurbesetzungen.

13 Doch auch nach Abschluss einer Ausbildung in MINT Bereich zeigt sich, dass die Technikindustrie  
14 oftmals Männer\* bevorzugt. Auch in vermeintlich progressiven Technik-Firmen entstehen  
15 frauen\*feindliche Umgebungen und es kommt zu sexueller Belästigung oder Diskriminierung.  
16 Hier müssen subtiler Sexismus, Diskriminierung und sexuelle Belästigung offen als solche be-  
17 nannt und geahndet werden.

18 All diese Initiativen und Programme müssen mit einem gesellschaftlichen Umdenken einhergehen  
19 und können daher nur Anstöße in die richtige Richtung sein.

20 **Begründung:**

21 *erfolgt mündlich.*

# G8

Beschluss 2019.G8: **Die Hälfte der Macht für die Hälfte der Bevölkerung**

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Bezirksparteitag

1 Wir fordern die Einführung von Paritätsgesetzen auf Landes- und Bundesebene.

2 Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert,  
3 Gesetzesinitiativen für die Einführung Paritätsgesetzen auf den Weg zu bringen. Hierbei muss die  
4 paritätische Aufstellung von Frauen und Männern auf den Landeslisten für alle Parteien gesetzlich  
5 vorgeschrieben werden. Bei den Direktwahlen in den Wahlkreisen ist das vorgeschlagene Tan-  
6 demmodell einzuführen.

#### 7 Begründung:

8 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind wir von einer gleichberechtigten Teilhabe  
9 von Frauen in der Politik weit entfernt. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist von zuletzt  
10 36,6 Prozent auf heute 31 Prozent gesunken. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten im 18. Nie-  
11 dersächsischen Landtag ist auf 27,7 Prozent gesunken. Der Frauenanteil vor der letzten Landtags-  
12 wahl betrug noch 31,4 Prozent.

13 Nach 100 Jahren Frauenwahlrecht erleben wir aktuell einen roll-back bei der Gleichstellung von  
14 Frauen. Der Erfolg der AfD begünstigt eine Entwicklung, die unsere Parlamente wieder zu frauen-  
15 feindlichen Arenen werden lässt. Die geringe Zahl von Parlamentarierinnen zeigt, dass eine Re-  
16 form des Wahlrechts notwendig ist, um bei der politischen Repräsentanz von Frauen auf die tat-  
17 sächliche Gleichstellung hinzuwirken. Ohne eine Änderung der Wahlgesetze geht es nicht.

18 Die SPD setzt sich für eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den Parlamenten  
19 ein. Politik muss von Frauen und Männern in gleichem Maße gestaltet werden, damit alle Blick-  
20 winkel für gesellschaftliche Themen berücksichtigt werden. Eine Änderung der Wahlgesetze er-  
21 mutigt und ermöglicht Frauen, sich in den politischen Diskurs und Entscheidungsprozess produk-  
22 tiv einzumischen. Das Wissen und Können von Frauen, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung  
23 stellen, wird dringend gebraucht.

24 Die Quote fruchtet

1 Innerparteiliche Quoten bei den Listenaufstellungen, wie das Reißverschlussverfahren bei der  
2 SPD, sind erfolgreich. So sind SPD 41,8 Prozent der SPD Bundestagsabgeordneten Frauen, bei  
3 den Grünen sind es 58,2 Prozent und der Linken 53,6 Prozent. Bei den konservativen und rechten  
4 Parteien wie der CDU/CSU-Fraktion, stellen die weiblichen Abgeordneten im 19. Deutschen Bun-  
5 destag hingegen nur 19,9 Prozent, bei der FDP 22,5 Prozent und der AfD sogar nur 10,8 Prozent.

6 Im Niedersächsischen Landtag beträgt der Frauenanteil bei den SPD-Abgeordneten 34,6 Prozent  
7 und bei den Grünen 50 Prozent, beide Parteien haben eine Quote. Bei der FDP beträgt der Frau-  
8 enanteil lediglich 27,3 Prozent, bei der CDU 18,0 Prozent und der AfD 11,1 Prozent.

9 Eine solche drastische Diskriminierung von Frauen in der Politik ist nicht mehr hinnehmbar. Sie  
10 muss durch Paritätsgesetze auf Landes- und Bundesebene behoben werden. Die Erfolgsaussich-  
11 ten für entsprechende Mehrheiten sind gut. Neben den Grünen und den Linken hat sich auch die  
12 CDU-Spitze für die Einführung eines Paritätsgesetzes ausgesprochen. Das Bundesverfassungsge-  
13 richt verlangt wegen der großen Zahl an Überhang- und Ausgleichsmandaten eine Reform des  
14 Wahlrechts auf Bundesebene.

15 Nach dem Vorbild des Ende Januar verabschiedeten ersten paritätischen Wahlgesetzes in  
16 Deutschland im Land Brandenburg sollten in Niedersachsen und im Bund durch die SPD Wahl-  
17 gesetze auf den Weg gebracht werden, die zur Aufstellung paritätischer Kandidat\*innenlisten –  
18 also abwechselnd Frau – Mann, verpflichten. Ein solches Gesetz reagiert damit auf einen demo-  
19 kratischen Missstand: 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, mit dem Frauen als häl-  
20 ftiger Teil des Volkes und Souveräns sichtbar wurden, fehlt es immer noch an ihrer gleichberech-  
21 tigten demokratischen Teilhabe.

## 22 Parität bei den Direktwahlkreisen

23 Eine weitere Ursache für die Unterrepräsentanz von Frauen in den Parlamenten liegt im Mehr-  
24 heitswahlrecht mit den Direktwahlkreisen. Noch immer besetzen häufig die männlichen Platzhir-  
25 sche die Kandidaturen für aussichtsreiche Direktwahlkreise.

26 Die Göttinger SPD unterstützt den Vorschlag des Bundestagsvizepräsidenten Thomas Oppen-  
27 mann, der die Einführung eines „Tandemmodells“ nach französischem Vorbild vorschlägt. Danach  
28 werden zukünftig in den Direktwahlkreisen „Duos“ aus jeweils einer Frau und einem Mann ge-  
29 wählt. Dieses in Frankreich erfolgreiche Verfahren setzt jedoch eine Reduktion und Vergrößerung  
30 der Wahlkreise voraus.

- 1 Nach einem solchen Paritätsgesetz werden je zwei bisherige Bundestagswahlkreise zusammen-
- 2 gefasst und auf separaten Listen je eine Frau und ein Mann gewählt. Die bisherige Zweitstimme
- 3 auf den Landeslisten wird zur Drittstimme. Den Direktwahlkreis gewinnt die Frau mit den meisten
- 4 Stimmen und der Mann mit den meisten Stimmen. Diese müssten nicht zwingend der gleichen
- 5 Partei angehören. Und nicht jede Partei müsste zwingend einen Mann und eine Frau pro Wahl-
- 6 kreis ins Rennen schicken.
  
- 7 Erst ein solches Paritätsgesetz mit einer verpflichtenden Frauenquote bei der Listenaufstellung
- 8 und dem Tandemmodell im Direktwahlkreis sichert eine angemessene und paritätische Vertre-
- 9 tung von Frauen in den Parlamenten.

# G9

Beschluss 2019.G9: **Resolution: No more „pray the gay away“!**

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag

1 Angesichts der Äußerungen des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn ist das Thema Konver-  
2 sionstherapien und der gesetzliche Umgang damit dringlicher denn je. Wir verweisen deshalb auf  
3 die Bundesbeschlusslage des Juso-Bundeskongress von 2016 und möchten die wichtigsten As-  
4 pekte des Antrags der Jusos hier nochmal darstellen:

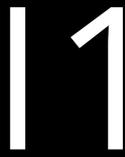
5 Wir fordern:

- 6 • Verbot von Konversionstherapien und strafrechtliche Verfolgung der Durchführung sol-  
7 cher „Therapien“
- 8 • strafrechtliche Verfolgung der Sorgeberechtigten von Minderjährigen, bei einer Durchfüh-  
9 rung, Vorbereitung, Planung oder wissentlichen Duldung von Konversionstherapien
- 10 • Entzug der Approbation für alle beteiligten Angehörigen der akademischen Heilberufe bei  
11 Durchführung oder Verweis auf solche „Therapien“ durch die zuständigen Landesverwal-  
12 tungsbehörden
- 13 • Explizites Verbot der Werbung oder das Hinweisen auf Medien oder Aussagen, die die  
14 Möglichkeit einer „therapeutischen“ Einflussnahme der sexuellen oder geschlechtlichen  
15 Orientierung suggerieren

16 Wir fordern die Mandatsträger\*innen der Partei zu einer konsequenten und zügigen Umsetzung  
17 dieser Beschlusslage auf!

18 **Begründung:**

19 *erfolgt mündlich.*



Beschluss 2019.11: **Vermeidung von sekundärer Viktimisierung durch mediale Berichterstattung**

Antragsteller\*in: Daniel Friedrichs

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag

1 Um eine sekundäre Viktimisierung der Opfer von Unglücksfällen/Straftaten/Anschlägen sowie de-  
2 ren Angehörigen zu vermeiden, fordern wir einen weitergehenden Opferschutz bei medialer Be-  
3 richterstattung.

4 Für uns bedeutet das konkret

5 1. Weitergehender Opfer- und Identitätsschutz:

6 Die mediale Inszenierung von Unglücksfällen durch sog. Opfergalerien oder andere Veröffentli-  
7 chungen von Bildern und Fotos der Opfer soll verhindert werden. Kinder und Jugendliche sind  
8 dabei besonders schutzbedürftig. Medienvertreter\*innen greifen meist auf Bilder aus sozialen  
9 Netzwerken oder andere Seiten im Internet zurück, wenn die Opfer bzw. die Angehörigen selbst  
10 keine Bilder aushändigen wollen oder ihre Zustimmung zu einer Veröffentlichung verweigern.  
11 Dies stellt einen schweren Eingriff in das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen dar, der in aller  
12 Regel nicht durch das öffentliche Interesse kompensiert werden kann. Die Identität des Opfers ist  
13 für das Verständnis einer Tat in den allermeisten Fällen unerheblich. So sieht es auch der Presse-  
14 kodex. Das oft verwendete Verpixeln der Gesichter ist für eine Anonymisierung nicht ausreichend,  
15 da eine Identifizierbarkeit durch den Kontext und insb. für das Umfeld der Betroffenen dennoch  
16 möglich ist.

17 2. Besserer Schutz der Angehörigen:

18 Den Angehörigen oder im schlimmsten Fall Hinterbliebenen soll genug Möglichkeit zur Verarbei-  
19 tung oder Trauerbewältigung gegeben werden. Die Belagerung der Angehörigen am Wohnort um  
20 nahe und exklusive Informationen zu erlangen ist ein respektloser Eingriff in die Intimsphäre und  
21 führt zu einer erneuten Viktimisierung. Auch wenn Angehörige von sich aus mit Medienvertre-  
22 ter\*innen reden wollen, sollen Veröffentlichungen der Gesprächsinhalte nur mit nachträglich aus-  
23 drücklichem Einverständnis veröffentlicht werden dürfen. Ebenfalls sollen Gedenkstätten sowie  
24 für die Trauer essentielle Veranstaltungen wie Beerdigungen und Trauerfeiern besser vor media-  
25 len Übergriffen geschützt werden. Für die Verarbeitung bzw. Trauerbewältigung ist es von großer  
26 Bedeutung die Berichterstattung und Recherche vor Ort so kurz wie möglich zu halten.

1        3. Aktive Recherchen des Presserates zu Verletzungen des Pressekodexes:

2        Der Presserat behandelt ausschließlich Missstände, die ihm vorgetragen werden. Opfer medialer  
3        Fehlverhalten müssen sich selbst melden. Dies führt dazu, dass nur ein kleiner Teil der tatsächli-  
4        chen Missstände vom Presserat behandelt wird. Aus diesem Grund sollte der Presserat insb. bei  
5        Ereignissen mit einem hohen medialen Interesse selbst aktiv Recherche bzgl. der Missachtungen  
6        des Pressekodexes betreiben und ohne Beschwerden von Betroffenen handeln.

7        4. Konsequenzen für bewusste Verletzungen des Pressekodexes:

8        Nachträgliche Rügen durch den Presserat bei Missachtung des Kodexes sind nicht zielführend.  
9        Sobald die den Kodex missachtenden Stellen veröffentlicht werden, kann auch eine nachträgliche  
10       Rüge den Betroffenen insb. in Fällen der Identifizierung nicht helfen. Daher müssen weiterge-  
11       hende Konsequenzen bei bewusster Missachtung geschaffen werden, die die Schwelle zur Ver-  
12       letzung des Kodexes für die Medienvertreter\*innen anhebt.

13       Begründung:

14       *erfolgt mündlich.*

# K1

## Beschluss 2019.K1: Anerkennung von Opfern rechter Gewalt

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

1 Rechte Gewaltverbrechen werden in der Bundeskriminalstatistik „Politisch motivierte Kriminalität  
2 –rechts (PMK-rechts)“ durch die Länder zusammengetragen und gesammelt. Eine erste Überar-  
3 beitung dieses Meldesystem fand im Jahr 2001 statt. Ausschlaggebend für die Aufnahme in die  
4 Statistik ist dabei, ob rassistische, antisemitische oder sozialdarwinistische Motive eine „tatauslö-  
5 sende“ Wirkung haben und die Wahrnehmung der ermittelnden Strafverfolgungsbehörden.

6 Spätestens die Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr 2011 hat  
7 jedoch gezeigt, dass rechte Gewalt und ihre Opfer von staatlicher Seite ausgeblendet wurden und  
8 immer noch werden. Seit dem Jahr 1990 wurden von staatlicher Seite 83 Opfer erfasst. Dem ge-  
9 genüber steht die von antifaschistischen Gruppierungen, Journalist\*innen und unabhängigen Be-  
10 hörden ermittelte Zahl von 193 Opfern. [1] Hinzukommen Dunkelziffern, welche beispielsweise  
11 im Bereich von Übergriffen auf Wohnungslose zu finden sind. [2]

12 Die unterschiedlichen Zahlen haben ihre Ursache in der Analyse der Motive der Täter\*innen. Ta-  
13 ten, in denen ein sozialdarwinistisches oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbegleitende  
14 bis tateskalierende Rolle spielen, werden bisher jedoch nicht angemessen in der PMK-Statistik  
15 erfasst. Dies führt zu einer Entpolitisierung der Straftaten. Da die PMK-rechts weiterhin eine Ein-  
16 gangsstatistik ist, fällt den Strafverfolgungsbehörden und insbesondere der Polizei eine große  
17 Verantwortung zu. Hier zeigt sich jedoch ein oftmals vorliegendes fehlendes Problembewusstsein  
18 und mangelnden Wissens über das Thema rechte Gewalt.

19 Hinzukommt, dass neben den bekannten Fällen die Opfer rechter Gewalt oftmals für die Gesell-  
20 schaft und staatliche Behörden unsichtbar blieben. Dabei ist rechte Gewalt leider alltäglich. Hier  
21 sind oftmals zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Ansprechpartner\*innen für die Be-  
22 troffenen. Diese leisten ebenfalls einen wichtigen Teil, damit Opfer und Angehörige Solidarität und  
23 Anerkennung erfahren. Der Staat und seine Strafverfolgungsbehörden müssen nun endlich ihren  
24 Teil dazu beitragen, dass rechte Gewalt als solche erkannt wird und die Opfer dieser ebenfalls.

25 Wir fordern daher:

- 1 • Eine Überarbeitung des Meldewesens „Politisch motivierter Kriminalität-rechts“, welches  
2 sowohl die Opferperspektive bzw. die Perspektive von Zeug\*innen und Angehörigen be-  
3 rücksichtigt, als auch Taten, in denen bspw. ein sozialdarwinistisches oder rassistisches  
4 Motiv mindestens eine tatbegleitende bis tateskalierende Rolle spielen, erfasst.
- 5 • Eine selbstkritische Überprüfung der PMK-rechts mit Hilfe externer Expert\*innen und die  
6 nachträgliche Anerkennung der Opfer rechter Gewalt.
- 7 • Eine Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber rechter Ge-  
8 walt unter anderem durch eine Kooperation von staatlichen Behörden und zivilgesell-  
9 schaftlichen Organisationen.

10 **Begründung:**

11 *erfolgt mündlich.*

12 **Anmerkungen:**

13 [1] <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/opferfonds-cura/staatliche-einordnung-rechter-ge->  
14 [walthatzen/](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/opferfonds-cura/staatliche-einordnung-rechter-ge-)

15 [2] <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextre->  
16 [mer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990](https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextre-)

# K2

Beschluss 2019.K2: **Resolution: Antifa – ungemütlich und laut**

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

1 Seit den letzten Landtagswahlen in Bayern und Hessen im letzten Jahr ist die AfD nun in allen  
2 Landtagen vertreten. In Zeiten eines allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsruckes ist es umso  
3 wichtiger, dass es Menschen gibt, die sich dagegen positionieren und klar Haltung zeigen.

4 Antifaschistische Arbeit ist noch wichtiger geworden und auch wir Jusos, egal ob vor Ort oder  
5 überregional, müssen zeigen, wo wir stehen. Antifaschismus ist daher ein wichtiges Element un-  
6 serer Arbeit. Wir wollen uns nicht nur in Bündnissen engagieren und bei Demonstrationen mit-  
7 laufen, sondern auch unsere Bildungsarbeit diesem Thema widmen.

#### 8 Ausgangslage

#### 9 Bundesweit

10 Die AfD sitzt im Bundestag und seitdem versucht sie auch dort ihre menschenfeindlichen Ideolo-  
11 gien zu streuen. Nicht nur in Chemnitz zeigt sich noch immer eine enge Zusammenarbeit mit den  
12 sogenannten "Identitären". Diese professionalisiert sich immer weiter und versucht, Einfluss auf  
13 gesellschaftliche Diskurse zu nehmen.

14 Ereignisse wie die in Chemnitz zeigen ganz klar: die rechte Szene ist vernetzt und steht zusammen.  
15 Und sie zeigen, wie gefährlich diese Szene ist und hinter welchem wirklich konfuse Weltbild sie  
16 stehen. Es zeigt aber auch, dass die gewaltbereite rechte Szene wächst. Insbesondere in Ange-  
17 sicht des Attentats in Christchurch zeigt sich das Gewaltpotential der rechten Ideologie. Noch be-  
18 sorgniserregender ist die Bewunderung deutscher Neonazis für das Attentat.

#### 19 Niedersachsen

20 Auch in Niedersachsen sitzt die rechtsradikale AfD mit 9 Abgeordneten im Landtag und versucht  
21 dort Einfluss auf die Politik zu nehmen. Wenn sich die AfD von ihrer Jugendorganisation, der Jun-  
22 gen Alternative distanziert, dann zeigt das nur noch deutlicher: die JA ist ein Schmelztiegel von  
23 Rechtsradikalen. Nachdem die JA aufgelöst wurde, gibt es dennoch weitere Kooperationen mit  
24 früheren JA Mitgliedern und der rechtsextremen Szene. Ein Beispiel dafür: Lars Steinke, früherer  
25 Landesvorsitzender der JA.

1 Rechtsextreme Strukturen sind auch in Niedersachsen verankert. Vor allem völkischer Rechtsextremismus spielt im ländlichen Raum eine immer größere Rolle.

### 3 Göttingen

4 Göttingen, 22. Februar 2019: um kurz vor 5 Uhr morgens werden zwei Besucher einer linken  
5 Kneipe von Mitgliedern der rechten Szene überfallen. Beispiele wie dieser aktuelle Vorfall zeigen:  
6 Auch in Göttingen ist Wachsamkeit geboten.

7 Auch wenn die als "Freundeskreis Thüringen/ Niedersachsen" gestartete "Volksbewegung" dank  
8 massiver und ausdauernder Gegenproteste mittlerweile wieder weitestgehend von der Bildfläche  
9 verschwunden ist, versuchen Nazis weiter, in Göttingen Fuß zu fassen. Am 07. März traute sich  
10 die stark geschrumpfte "Bewegung" erneut nach Göttingen, um sich mit 6 Teilnehmenden hinter  
11 Polizeiabsperungen, von der Öffentlichkeit abgeschirmt, der eigenen Facebook-Bubble im Li-  
12 vestream zu präsentieren. Auch wenn dies von dem desolaten Zustand der Gruppe zeugt, ist die  
13 Gefahr von Rechts auch in Göttingen nicht zu unterschätzen. Einen erneuten Versuch gab es  
14 schon am 18. März, diesmal mit etwa 15 Nazis mit einer Kundgebung vor dem Privathaus eines  
15 Aktivisten.

16 Dies sind längst nicht die einzigen Versuche von Nazis, in Göttingen Fuß zu fassen. Innerhalb des  
17 letzten Jahres gibt es vermehrt Berichte über rechtsradikale Schmierereien und Aufkleber mit  
18 menschenfeindlichen Inhalten. Mehrfach tauchten Hakenkreuzschmierereien am Campus auf,  
19 Sprüche wie "Trans lives don't matter" und "FUCK ZOG" (ZOG steht dabei für Zionist Occupied  
20 Government, dabei handelt es sich um eine antisemitische Verschwörungstheorie) wurden an die  
21 Wand des Oeconomicum gesprüht (30.05.18). Im August wurde das Mahnmal am Platz der Syna-  
22 goge beschmiert und Anfang dieses Jahres wurden Runen auf das Mahnmal vor dem Seminar für  
23 klassische Philologie gesprüht. Dies ist nur ein erschreckender Ausschnitt der Vorfälle in Göttingen,  
24 die nicht ignoriert werden dürfen.

### 25 Warum Antifa-Arbeit so wichtig ist

26 Anhand der Ausgangslage kann man klar erkennen: Sowohl bundesweit, als auch lokal, sind rechte  
27 Strukturen ein großes Problem, und deshalb ist die Arbeit von Antifaschist\*innen so enorm wichtig.  
28

29 Das Engagement verschiedener Antifa-Gruppen reicht von der Organisation von Gegenprotesten,  
30 über Bildungs- und Aufklärungsarbeit über die rechte Szene und Hilfe für Opfer rechter Gewalt

1 bis hin zu Recherche über rechte Strukturen. Dieses Engagement verdient unsere volle Solidarität.  
2 Denn nur durch dieses Engagement ist es möglich, rechte Strukturen wirksam zu bekämpfen.

### 3 Unsere antifaschistische Arbeit

4 Auch wir Jusos müssen Teil des antifaschistischen Kampfes sein. Wir müssen uns positionieren,  
5 jeden Tag. Wir müssen vor Ort eingreifen, wenn Rechte versuchen, dort Einfluss zu nehmen. Es  
6 reicht nicht, nur an Demos teilzunehmen, denn Antifa-Arbeit ist immer und überall.

7 Wir müssen uns in Bündnissen, lokal, aber auch überregional engagieren und uns und unsere  
8 Ideen dort einbringen. Wir müssen unsere Bildungsarbeit auch diesem enorm wichtigen Thema  
9 widmen und wir müssen Aktionen planen und durchführen, die zeigen: Es gibt keinen Platz für  
10 Rechtsextreme in unserer Gesellschaft.

11 Damit unsere Arbeit zielgerichtet ist, müssen wir uns mit antifaschistischen Gruppen vernetzen  
12 und mit ihnen zusammenarbeiten, denn nur so können wir von und mit ihnen lernen.

13 Auch der Schulterschluss mit anderen demokratischen Jugendorganisationen und Parteien ist  
14 wichtig, denn nur, wenn sich ein breites Bündnis den Rechtsextremen entgegenstellt, zeigen wir:  
15 wir sind die Mehrheit.

16 Unsere Solidarität gilt allen Opfern rechter Gewalt und wir werden solche Taten nicht unkommen-  
17 tiert lassen. Wir werden uns weiterhin in den Weg stellen und zeigen: unsere Gesellschaft ist bunt  
18 und hat keinen Platz für Rechtsextreme.

### 19 Begründung:

20 *erfolgt mündlich.*

# 01

## Beschluss 2019.01: #ichbinhier für die SPD – für mehr Solidarität im Internet

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag

1 Wir fordern die SPD auf, eine parteiinterne Struktur ähnlich der Gruppe „#ichbinhier“ zu schaffen,  
2 um Vernetzung und ein gemeinsames Vorgehen gegen beleidigende (Hass-)Kommentare über-  
3 wiegend rechter Accounts zu ermöglichen. Das Prinzip von „#ichbinhier“ ist eine geschlossene  
4 (Facebook-)Gruppe, deren Mitglieder Beiträge, die Beleidigungen und Hasskommentare beinhal-  
5 ten, identifizieren und den anderen Gruppenmitgliedern teilen, sodass dann alle „gute“  
6 Kommentare und Beiträge schreiben und ebensolche auch liken können. Dabei wird der Hashtag  
7 #ichbinhier verwendet. Damit die Gruppe funktioniert, braucht es Moderator\*innen, die das All-  
8 tagsgeschehen in der Gruppe verwalten und gemeinsame größere Kommentier-Aktionen koordi-  
9 nieren.

10 Außerdem fordern wir die SPD auf, ihre Gliederungen und Mandatsträger\*innen vermehrt dazu  
11 anzuhalten, ihren Internetauftritt zu pflegen und bei Bedarf entsprechende von der Partei ange-  
12 botene Schulungen dafür zu besuchen.

### Begründung:

14 Die sozialen Medien sind voller Hasskommentare. Die Posts der SPD bleiben davon nicht ver-  
15 schont. Schaut man sich die Facebook- oder Instagram Accounts von SPD Gliederungen oder  
16 Funktionär\*innen an, findet man vor allem eines: Beleidigungen und Hass. Das zieht sich durch  
17 alle Ebenen. Manchmal sind fleißige Socialmedia-Teams vorhanden, welche die bösartigsten Kom-  
18 mentare entfernen. Das ist aber nicht überall der Fall und manchmal aufgrund der unzähligen  
19 Kommentare auch einfach nicht möglich. Hier käme nun die geforderte Gruppe zum Einsatz. Bei-  
20 träge, unter denen besonders bösartig oder viel kommentiert wurde, werden in die Gruppe geteilt  
21 und die Mitglieder schreiben selbst sachliche und respektvolle Kommentare, in denen sie die Ar-  
22 gumente der Hater und Trolle entkräften und positive, zum Ursprungspost passende, konstruk-  
23 tive Dinge anbringen (ohne sich dabei auf sinnlose endlos Diskussionen mit Trollen einzulassen).  
24 Dies ist mit wenigen Klicks getan und ist nicht nur ein solidarischer Akt dem\*der Postenden ge-  
25 genüber, sondern auch gut für den Auftritt der Partei nach außen, denn positiv bewertete Social-  
26 mediabeiträge sind besser, als ein Meer von Hass.

# 02

## Beschluss 2019.02: Verzicht auf fleisch- und fischhaltige Lebensmittel bei Veranstaltungen der Jusos Bezirk Hannover

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz

1 Wir fordern den Juso-Bezirk Hannover dazu auf, bei künftigen Veranstaltungen auf eine fleisch-  
2 /fischhaltige Alternative beim Catering zu verzichten und ausschließlich veganes und vegetari-  
3 sches Essen anzubieten.

### 4 Begründung:

5 Die Fleischproduktion ist für etwa 15% aller Klimagasemissionen (das ist mehr als alle Flugzeuge,  
6 Autos und Züge zusammen verursachen) und für 70% des Frischwasserverbrauchs verantwort-  
7 lich. [1] Im Zuge der sich immer weiter verschärfenden Klimakrise sind wir alle gefragt, unseren  
8 Beitrag zu leisten. Darüber hinaus stammt das im Essen verarbeitete Fleisch häufig von Tieren aus  
9 Massentierhaltung, die unter äußerst kritikwürdigen Umständen gehalten werden.

10 Der Antrag will dem einzelnen Individuum kein spezifisches Essverhalten aufzwingen, sondern soll  
11 als Denkanstoß zur Selbstreflexion dienen. Veranstaltungen, die vom Juso-Bezirk Hannover aus-  
12 getragen und demnach auch finanziert werden, könnten durch Fleischverzicht ein wichtiges Zei-  
13 chen für mehr Nachhaltigkeit und Umweltschutz setzen.

### 14 Anmerkungen:

15 [1] [https://www.sueddeutsche.de/leben/nachhaltigkeit-muss-ich-jetzt-veganerin-werden-](https://www.sueddeutsche.de/leben/nachhaltigkeit-muss-ich-jetzt-veganerin-werden-1.3159643)  
16 1.3159643

# 03

## Beschluss 2019.03: Der Umwelt zuliebe – Antragsbücher nicht mehr drucken

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: -

1 Künftig soll es auf Juso Unterbezirkskonferenzen der Jusos Göttingen gedruckte Antragsbücher  
2 nur noch auf vorherige Nachfrage geben.

3 **Begründung:**

4 Jedes Jahr gibt es einige Exemplare unseres Antragsbuchs als gedruckte Version auf der Konfe-  
5 renz. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass der Bedarf danach nicht bzw. kaum vorhanden  
6 ist. Der Umwelt zuliebe soll es daher gedruckte Antragsbücher nur noch auf vorherige Anfrage  
7 bei der/dem Vorsitzenden geben. So können wir einen kleinen Beitrag gegen Papierverschwen-  
8 dung leisten.

# 04

## Beschluss 2019.04: Europäisch denken – auch bei der Mitgliedschaft

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag, SPD Bundesparteitag

- 1 Die Jusos Göttingen fordern, dass es künftig auch möglich sein soll, nur in der SPE, der europäi-
- 2 schen sozialdemokratischen Partei, Mitglied zu sein und nicht in einer der staatlichen Mitglieds-
- 3 parteien.
- 4 Außerdem soll es künftig so sein, dass jedes Mitglied einer nationalstaatlichen Mitgliedspartei der
- 5 SPE, automatisch Mitglied der SPE wird.
- 6 **Begründung:**
- 7 Die SPE ist die Sozialdemokratische Partei Europas und umfasst 33 sozialdemokratische, sozialis-
- 8 tische und Arbeiter\*innenparteien aus ganz Europa und zum Teil auch darüber hinaus.
- 9 Bisher ist es so, dass man Mitglied einer der 33 nationalstaatlichen Parteien sein muss, um Mit-
- 10 glied der SPE zu werden. Außerdem ist man, wenn man beispielsweise Mitglied der SPD ist, nicht
- 11 automatisch Mitglied der SPE.
- 12 Um den europäischen Gedanken zu stärken, fordern wir eine Änderung der bisherigen Regula-
- 13 rien.

# 05

## Beschluss 2019.05: Fit für die Wahlen 2021

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: SPD Stadtverband Göttingen

1 2021 stehen wichtige Wahlen im Unterbezirk Göttingen an. Es wird nicht nur der Bundestag neu  
2 gewählt, sondern auch die Kommunalwahlen finden statt. Um für diese Wahlen gut aufgestellt zu  
3 sein, und diese dann erfolgreich zu meistern, ist eine gute und frühe Vorbereitung wichtig.

4 Daher ist es aus unserer Sicht notwendig, frühzeitig nach Kandidierenden in den Ortsvereinen zu  
5 suchen, die bereit sind, bei den Kommunalwahlen zu kandidieren. Diese sollten unsere Gesell-  
6 schaft widerspiegeln. Die Suche sollte Anfang nächsten Jahres beginnen. Daher fordern wir:

- 7 • eine Art Kommunal Mentoring, in dem Interessierte gefunden und gefördert werden. Da-  
8 bei soll vor allem darauf geachtet werden, dass genug Frauen und auch junge Menschen  
9 auf den Listen vertreten sind.

10 Auch inhaltlich müssen wir uns stark aufstellen, um die Menschen von unseren Ideen zu überzeu-  
11 gen. Daher fordern wir:

- 12 • eine frühzeitige Erarbeitung eines Kommunalwahlprogramms, in dem die Mitglieder ein-  
13 gebunden werden.

14 Zu einem erfolgreichen Wahlkampf gehört zu dem aber auch ein guter Wahlkampf. Daher ist es  
15 wichtig, sich frühzeitig Gedanken um die Organisation zu machen. Deshalb fordern wir:

- 16 • eine frühzeitige Organisationsplanung gemeinsam mit den Ortsvereinen und Arbeitsge-  
17 meinschaften. Dabei sollen auch neue Formen des Wahlkampfs berücksichtigt werden.

18 **Begründung:**

19 *erfolgt mündlich.*

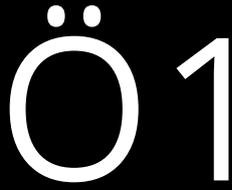
# 06

## Beschluss 2019.06: Zu jung? Gibt's nicht!

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag

- 1 Wir fordern, dass es in Zukunft kein Mindestalter mehr für den Eintritt bei den Jusos gibt.
- 2 Alle jungen Menschen, die sich selbstständig entscheiden können, sich bei uns zu engagieren,
- 3 sollen die Möglichkeit bekommen, Juso Fördermitglied zu werden.
- 4 Rechtliche Bedenken gilt es zu klären.
- 5 **Begründung:**
- 6 Bisher kann man erst mit 14 Jahren Juso Mitglied werden. Natürlich kann man sich auch schon
- 7 vorher engagieren, kann aber z.B. nicht zu Konferenzen fahren. Wir finden, dass muss sich än-
- 8 dern!
- 9 Als Jugendverband sollten wir dafür sorgen, dass sich junge Leute bei uns engagieren können. Zu
- 10 unserer Verbandsarbeit gehört es demnach aber auch, z.B. auch zu Konferenzen fahren zu kön-
- 11 nen. Das sollte unserer Meinung nach auch Jugendlichen unter 14 nicht verwehrt werden, denn
- 12 auch diese haben wichtige Anliegen und wollen sich und ihre Ideen einbringen können.
- 13 Sobald sich ein Mensch aktiv dazu entscheidet, Mitglied bei uns werden zu wollen, sollte es auch
- 14 möglich sein, das umzusetzen.



## Beschluss 2019.Ö1: Wohnraum für Studierende

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für einen bedarfsgerechten Ausbau der Förde-  
2 rung für den studentischen Wohnheimneubau durch die Niedersächsischen Studentenwerke im  
3 Landeshaushalt einzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, wie bei den Hoch-  
4 schulpakten, die Länder bei der Förderung der Studentenwerke ausreichend zu unterstützen.

5 Um den nötigen Bedarf an bezahlbarem, studiengerechtem Wohnraum zu decken, ist:

- 6 - eine ausreichende Gesamt-Förderung bereitzustellen. Dabei muss auch der Erhalt des  
7 Bestands durch Förderung von Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt werden;
- 8 - eine ausreichende Förderung pro Wohnheimplatz durch Zuschüsse bereitzustellen; die  
9 Förderung sollte so gestaltet werden, dass die Kostenmiete sich an der BAföG-Wohnkos-  
10 tenpauschale für die auswärtige Unterbringung orientiert.
- 11 - darauf hinzuwirken, kostentreibende bau-, bauunterhaltungs- und betriebskostentrei-  
12 bende - Auflagen und gesetzliche Vorgaben zu reduzieren,
- 13 - eine Bindung der Fördermittel für den sozialen Zweck und durch geeignete Vorgaben eine  
14 dauerhafte Vermietung nach dem sozialen Förderzweck sicherzustellen.

### 15 Begründung:

16 Erstmals seit vielen Jahren gibt es im Landeshaushalt wieder Fördermittel für den studentischen  
17 Wohnheimbau. Diese sind allerdings nicht ausreichend. So können in Niedersachsen mit den ak-  
18 tuell verfügbaren Mitteln nur wenige Plätze geschaffen werden. Die Schaffung von Studierenden-  
19 wohnheimplätzen entlastet unmittelbar auch den allgemeinen Wohnungsmarkt. Bezahlbare Stu-  
20 dierendenwohnheimplätze haben eine wichtige preisdämpfende Funktion für den studentischen  
21 wie auch für den allgemeinen Wohnungsmarkt. Die Bestandssicherung und Anpassung an die  
22 aktuellen Standards (z.B. Energie, Brandschutz, Gesundheitsschutz, auch Komfort) hat ebenfalls  
23 eine große Bedeutung: Ohne umfangreiche Sanierungsmaßnahmen droht preisgünstiger studen-  
24 tischer Wohnraum verloren zu gehen. Hier muss die Landesförderung die nötige Flexibilität ha-  
25 ben, auch diese Maßnahmen zu unterstützen.

- 1 Daher ist für die Zukunft eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung des Landes für die nieder-
- 2 sächsischen Studentenwerke (sic!) erforderlich, damit weiterer, dringend benötigter, bezahlbarer
- 3 Wohnraum für Studierende entstehen kann. Hierbei sind die Förderkonditionen für den Studie-
- 4 rendenwohnheimbau zu verbessern, um bezahlbaren und studiengerechten Wohnraum zu
- 5 schaffen und zu erhalten.



## Beschluss 2019.Ö2: Schienenausbau priorisieren!

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

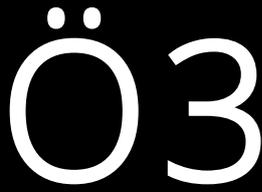
Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag

1 Wir fordern, Investitionen in den Aus- und Neubau der Bahninfrastruktur zu priorisieren. Dabei  
2 sollen vor allem Finanzmittel von Straßenbauprojekten eingesetzt werden. Die beschlossenen Er-  
3 höhungen im letzten Bundesverkehrswegeplan halten wir nicht für ausreichend. Zudem meldet  
4 die Deutsche Bahn selbst weiteren Bedarf an finanziellen Mitteln an, damit die Pünktlichkeit und  
5 Taktung im Bahnverkehr gewährleistet und ausgebaut werden kann. Die Mittel für die Bahninfra-  
6 struktur im Bundesverkehrswegeplan sollen mindestens auf das Niveau gehoben werden, die ak-  
7 tuell für den Straßenbau vorgesehen sind.

### 8 Begründung:

9 Infrastrukturelle Maßnahmen sind langfristige Investitionen, die dementsprechend auch langfris-  
10 tige Folgen und Auswirkungen haben. Zudem stehen wir vor der Aufgabe, die Emissionen im Ver-  
11 kehr zu verringern (Pariser Klimaabkommen), verstopfte Innenstädte zu entlasten und dem im-  
12 mer größeren Bedürfnis nach Mobilität der Menschen im 21. Jahrhundert nachzukommen. Der  
13 personelle Individualverkehr sowie der massenhafte Güterverkehr auf der Straße können da  
14 keine Antworten sein.

15 Deshalb ist es wichtig, jetzt die Weichen für eine mobile, möglichst klimaneutrale und in der Breite  
16 aufgestellte Zukunft der Mobilität zu stellen. Der Bundesverkehrswegeplan sieht in dem Zeitraum  
17 von 2016 - 2030 Investitionen in Höhe von ca. 270 Milliarden Euro vor. Ca. 50% dieser Mittel flie-  
18 ßen in den Aus- und Neubau von Straßen, ca. 42% sind für den Bereich Schieneninfrastruktur  
19 vorgesehen. Investitionsbedarf besteht selbstverständlich auch im Bereich der Straßeninfrastruk-  
20 tur. Doch um die Mobilität der Zukunft zu gestalten, muss der Anteil der Gelder für Projekte rund  
21 um die Schiene deutlich erhöht werden. Durch die Einspeisung von erneuerbaren Energien in das  
22 Netz der Deutschen Bahn, dem Umstieg von immer mehr Menschen vom Auto auf die Schiene  
23 oder auf die örtlichen ÖPNV-Angebote sowie das durch die höhere Nutzungsfrequenz breitere  
24 und verlässlichere Angebot können die drei oben skizzierten Aufgaben erfüllen.



## Überweisung 2019.Ö3: Mehr Fördermittel für Sportstätten

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Der Antrag wurde an den Unterbezirksvorstand überwiesen.

1 Wir fordern ein bundesweites Förderungsprogramm für Sportstätten aller Art. Dieses Förderpro-  
2 gramm soll v.a. den Kommunen helfen, Schwimmbäder, (Schul-) Sporthallen, Sportplätze, Eis-  
3 sportanlagen etc. zu sanieren, zu erhalten und bei Bedarf auszubauen. Dabei sollen besonders  
4 Kommunen bevorzugt werden, die entweder in ländlichen Regionen verortet sind oder die sich  
5 aufgrund von mangelnden Haushaltsmitteln solche Projekte auch perspektivisch nicht leisten  
6 können. Ein Sportangebot soll somit im gesamten Bundesgebiet gewährleistet werden.

### 7 Begründung:

8 Eine Kurzexpertise zum Sanierungsbedarf von Sportstätten des DOSB (Deutscher Olympischer  
9 Sportbund), des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat  
10 bundesweit für Sportstätten aller Art einen Sanierungsstau von ca. 31 Milliarden Euro ausge-  
11 macht. Dies betrifft v.a. Sporthallen, Schwimmbäder und Eisporhallen. Laut Schätzungen des  
12 DOSB befinden sich ca. 60% der Sportstätten in kommunaler Trägerschaft. Auch die Vereine  
13 selbst übernehmen immer häufiger ihre jeweiligen Hallen, Plätze o.ä. selbst und sind durch eh-  
14 renamtliches und finanzielles Engagement großflächig in der Pflege und den Erhalt der Anlagen  
15 eingebunden.

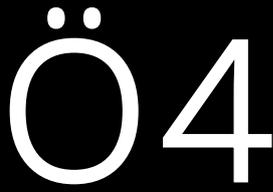
16 Viele Sportstätten sind seit über 40 Jahren nicht oder nur unzureichend saniert und erneuert  
17 worden. Durch fehlende finanzielle Spielräume der Kommunen und fehlende oder ebenfalls nur  
18 unzureichende Hilfe durch Länder oder den Bund ist ein extremer Sanierungsstau entstanden,  
19 der zu Zerfall und Beeinträchtigungen im Alltag führt. In einigen Kommunen mussten schon erste  
20 Sportanlagen geschlossen oder in naher Zukunft geschlossen werden. Auch der Schulsport muss  
21 in einigen Kommunen reduziert oder umgestaltet werden, da Hallenkapazitäten nicht ausreichen  
22 oder für den Schwimmunterricht nicht genügend Zeiten zur Verfügung stehen.

23 Im Bereich der Schwimmbäder tritt dieser Mangel besonders deutlich zu Tage. Je nach Schätzung  
24 beträgt der Sanierungsstau in diesem Bereich bundesweit zwischen 4,5 - 8,3 Milliarden Euro.  
25 Schon heute weisen ca. 60% der Kinder mangelnde oder gar keine Schwimmfähigkeit auf. Der  
26 Anteil der Nichtschwimmer steigt damit nachhaltig an und benachteiligt besonders Kinder aus

1 finanziell schwachen Familien, die sich keinen Schwimmunterricht außerhalb der Schule leisten  
2 können.

3 Die Förderung von Sportanlagen hat aber auch außerhalb von Schwimmbädern weitreichende  
4 positive Effekte. Vor allem Kinder und Jugendliche finden in den Jugendabteilungen von Sportver-  
5 einen häufig stabile soziale Netzwerke vor, erfahren Anerkennung, Gemeinschaft, gelebte Integra-  
6 tion und Inklusion und steigern ihr Selbstbewusstsein. Auch die Gesundheit wird durch den Sport  
7 entscheidend gefördert und gestärkt. Erwachsene Menschen finden ebenfalls viele der genann-  
8 ten Aspekte bis ins hohe Alter in den Vereinen vor.

9 Um diese zahlreichen positiven gesellschaftlichen Aspekte nicht durch eine mangelnde Substanz  
10 oder Verfügbarkeit von Sportstätten zu gefährden, soll sich die SPD für ein großflächiges Investi-  
11 tionsprogramm einsetzen, das den Kommunen dabei hilft, ihre Sportanlagen zu erneuern und zu  
12 erhalten. Dabei sollen EU-Subventionen, Bundes- und Landesmittel sowie Bedarfsorientierte Be-  
13 teiligungen der jeweiligen Kommunen eingesetzt werden. Bürokratische Hürden bei der Antrag-  
14 stellung, sowie bei den baulichen Tätigkeiten sollen dabei ebenfalls abgebaut werden, so dass die  
15 Mittel den Kommunen so schnell und direkt wie möglich zur Verfügung stehen.



Beschluss 2019.Ö4: Stadthalle abreißen – Biergarten auf-  
bauen

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbands-  
vorstand

Weiterleitung: -

1 Die Jusos Göttingen sprechen sich dafür aus, die Stadthalle am Albaniplatz in Göttingen abzurei-  
2 ßen und anstelle dessen die Errichtung eines großen Freizeitparks für alle Göttinger\*innen und  
3 Besucher\*innen der Stadt voranzutreiben. Die Kosten für die Errichtung sollen durch den Verkauf  
4 der unästhetischen, aber anscheinend sehr beliebten Schwimmbadkacheln, die sich an der Fas-  
5 sade der alten Stadthalle befinden, kompensiert werden.

6 Um den Unterbau des neuen Freizeitparks perfekt zu machen, fordern wir die Unterhöhlung des  
7 Albaniplatzes – nicht für Parkplätze, sondern für einen weitaus sinnvolleren unterirdischen Advent-  
8 ure-Golfplatz. Ebenfalls soll die Leine über den Cheltenhampark zum Freizeitpark umgeleitet wer-  
9 den, damit eine Wildwasserbahn errichtet werden kann. Spiel und Spaß für die ganze Familie und  
10 zwar kostenlos – das macht uns als Volkspartei aus!

#### 11 Begründung:

12 Die alte Stadthalle verkörpert neben dem „Charme“ der 1970er Jahre vor allem eines: Ballast. Das  
13 Gebäude ist, entgegen der Meinung vieler Romantiker\*innen, nicht Kult, sondern hässlich und  
14 gehört dem Erdboden schnellstmöglich gleich gemacht.

15 Um der Weltoffenheit der Stadt gerecht zu werden, muss natürlich an dem prominenten Platz am  
16 Rande der Innenstadt eine Attraktion für alle (!) geschaffen werden. Über die Landesgrenzen hin-  
17 weg sind wir für zwei Dinge bekannt: Abgasskandale und Biergärten. Da auch wir einsehen, dass  
18 ein stinkender Dieselfuhrpark nicht sehr passend für die Stadt, die Wissen schafft, erscheint (dafür  
19 haben wir ja Wolfsburg), bleibt nur Option B – ein gigantischer Biergarten!

20 Biergärten sind großartig. Sie bringen die Menschen seit geraumer Zeit zusammen – regional wie  
21 international. Kaltgetränke aller Art können in den Sommermonaten unter freiem Himmel genos-  
22 sen werden – natürlich zu sozialverträglichen Preisen und in alkoholischer wie nicht-alkoholischer  
23 Varianz, um möglichst allen Interessierten ein adäquates Angebot zu schaffen. Wir schaffen einen  
24 Ort zum Reden, zum Lachen, zum Kennenlernen – niedrigschwellig, zentral und sicherlich ohne  
25 lilafarbene Fliesen.

1 Doch wer in diesem Zusammenhang denkt, der Raum unter dem neuen Biergarten könnte ja  
2 dann für die andere Bekanntheit der Niedersächs\*innen, den stinkenden Dieselfuhrpark, genutzt  
3 werden, muss enttäuscht werden (dafür haben wir immer noch Wolfsburg). Vielmehr wollen wir,  
4 um der Freude an unserer Stadt gerecht zu werden und eine unterhaltende Attraktion in Innen-  
5 stadtnähe zu schaffen, einen Golfplatz unterirdisch unter Albaniplatz und Biergarten schaffen. Zu  
6 günstigen Preisen sollen die Bälle geschlagen werden können (aber nicht zu hoch), für die Be-  
7 leuchtung sorgen tolle, farbenveränderbare LEDs.

8 Wir Jusos haben einiges mit der Stadt vor. Gebt uns die Möglichkeiten, Göttingen noch großartiger  
9 zu machen!

# P1

Beschluss 2019.P1: Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Unterbezirksparteitag

1 In der Bundesrepublik leiden rund 1,7 Millionen Menschen unter einer behandlungsbedürftigen  
2 Alkoholabhängigkeit, rund 74.000 sterben jedes Jahr an den Folgen des Alkoholmissbrauchs, 5-  
3 10% davon durch Suizid(Lieb et al. 2012; Pabst et al. 2013). Die Alkoholabhängigkeit ist also eine  
4 schwere und häufige Erkrankung, deren Prävention deshalb zentrales Ziel sein muss. Gleichzeitig  
5 ist der Alkoholkonsum ein kulturell verankertes Verhalten, sodass der grundsätzliche Umgang mit  
6 Alkohol keine rein therapeutische Frage (bei Erkrankten) ist, sondern eine gesamtgesellschaftliche  
7 Debatte erfordert. Wir verstehen die freiheitliche Entscheidung der\*des Einzelnen für oder gegen  
8 den Konsum von Drogen als beste Prävention von Kriminalisierung und gesundheitlichen Gefah-  
9 ren durch (potentiell) suchtauslösende Substanzen. Gerade deshalb muss dieser Anspruch auch  
10 in Bezug auf kulturell häufig konsumierte Suchtstoffe gelten: Die Freiheit *zum* Alkoholkonsum wird  
11 in Deutschland wie in fast keinem anderen Land der Welt gewährt (sogar das Führen von Kraft-  
12 fahrzeugen bleibt bei geringen Blutalkoholkonzentrationen erlaubt), doch ebendiese „Liberalität“  
13 impliziert einen enormen *Zwang* zum Konsum. Dieser Zwang entsteht auf mehreren Ebenen, be-  
14 ginnend mit der Peer-Group und endend mit überdimensionalen Werbeplakaten an nahezu allen  
15 öffentlichen Plätzen – Konkurrenz macht hier nur die Tabakindustrie. Ziel einer progressiven und  
16 emanzipatorischen Drogenpolitik muss es deshalb sein, den Menschen die Entscheidung über  
17 den Konsum von Alkohol wirklich selbst zu überlassen.

## 18 Prävention beginnt auf der Straße und im Netz

19 Die Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland lagen 2017 bei 619 Millionen  
20 Euro(Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland bis 2017 | Statistik). Dieses Geld  
21 wissen die Alkoholproduzent\*innen gut angelegt: Werbung (Außenwerbung und Fernseh-Wer-  
22 bung) für Alkohol erhöht die Wahrscheinlichkeit, mit schädlichem Alkoholgebrauch zu beginnen  
23 *und* erhöht bei vorbestehendem Alkoholabusus die Trinkmenge (in einer [studienabhängig vari-  
24 ablen] Dosis-Wirkungs-Beziehung)(Anderson et al. 2009b). Kinder und Jugendliche werden dabei  
25 nicht nur kollateral von Außenwerbung mit erfasst, sondern gezielt sozialselektiv durch online-  
26 Werbung angesprochen (D'Amico et al. 2017). Selbstverständlich ist Werbung nicht der einzige

1 Manifestationsfaktor für die Entstehung einer Alkoholabhängigkeit. Doch gerade besonders ge-  
2 fährdete Menschen zeigen eine erhöhte Empfänglichkeit für Alkoholwerbung und dadurch initi-  
3 iertes Rauschtrinken (McClure et al. 2016). Werbung für Alkohol kann also nicht dem Zweck die-  
4 nen, einen kritischen Umgang mit Alkohol zu fördern oder einen differenzierten Konsum anzu-  
5 streben, sie dient allein der rücksichtslosen Umsatzsteigerung! Demgegenüber kann Anderson et  
6 al. zeigen, dass Werbeverbote, die Reduktion von Verfügbarkeit und Preiserhöhungen durch (er-  
7 höhte) Besteuerung kosteneffektive Maßnahmen zur Reduktion von Alkoholfolgeschäden sind  
8 (Anderson et al. 2009a). Wir lehnen dabei jedoch das Instrument der (isolierten) Alkoholsteuerer-  
9 höhung zur Alkoholismusprävention ab, weil es eine sozialelektive Exklusion bedingt, die nicht  
10 mit unserem sozialdemokratischen Verständnis einer solidarischen Steuerpolitik vereinbar ist.  
11 Wesentlich ist dementsprechend auch die Reduktion der Verfügbarkeit: Fast flächendeckend  
12 kann in Deutschland rund um die Uhr Alkohol gekauft werden, ein Umstand, der nur für wenige  
13 andere Produkte zutrifft. Während die Beschaffung von Medikamenten oder Grundnahrungsmit-  
14 teln sonn- und feiertags mit erheblichem Aufwand und Mehrkosten verbunden ist, können Alko-  
15 hol und Tabakwaren durchgehend an Tankstellen und Kiosks erworben werden: Genau diese  
16 Über-Verfügbarkeit trägt mit zur Omnipräsenz des Alkohols bei und fördert auch den schädlichen  
17 Gebrauch. Deshalb fordern wir:

- 18 • Verbot der Außen-, Rundfunk- und Onlinewerbung für alkoholhaltige Getränke
- 19 • Begrenzung des Verkaufs alkoholhaltiger Getränke auf staatlich lizenzierte Verkaufsstellen  
20 mit einheitlich begrenzten Öffnungszeiten

### 21 Aufklären statt Verbieten

22 Ein selbstbewusster und unabhängiger Umgang mit Alkohol bedarf einer guten Information und  
23 Bildung zu dem Thema. Die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bietet hier mit  
24 Kampagnen einen Ansatz. Zwar konnte bisher nur belegt werden, dass Aufklärungskampagnen  
25 das Wissen über schädlichen Alkoholkonsum, eine Änderung der Einstellung zum Alkoholkonsum  
26 sowie ein verstärktes Wahrnehmen von Therapieangeboten bewirken, diese Effekte rechtfertigen  
27 dennoch intensive Aufklärungsarbeit (Young et al. 2018). Deutlich wird hier aber auch, welchen  
28 zentralen Stellenwert die Vorbeugung von suchtauslösenden Faktoren hat. Wir fordern deshalb:

- 29 • Ausbau der finanziellen Ausstattung der BZgA
- 30 • Ausbau der öffentlichen Aufklärungskampagnen und Schaffung zusätzlicher Aufklärungs-  
31 angebote für Schulen
- 32 • Umfassende Verankerung des Themas „Substanzabhängigkeit“ in den Kerncurrikula

## 1 Im eigenen Verband

2 Wesentlicher Faktor der Manifestation einer Alkoholabhängigkeit bleibt jedoch das persönliche  
3 Umfeld. Der subkulturelle Umgang mit Alkohol ist nicht nur Rahmenbedingung für die Entwicklung  
4 eines schädlichen Alkoholkonsums, sondern auch eine wichtige Bedingung für Krankheitseinsicht  
5 und Therapieerfolg. Der oben skizzierte gesamtgesellschaftliche Wandel hin zu einem wirklich  
6 freien Alkoholkonsum beinhaltet damit auch die Freiheit zum Nicht-Konsum, die wir selbst in un-  
7 serem Verband vorleben wollen. Deshalb fordern wir:

- 8 • Keine organisierte Bereitstellung von Alkohol auf mehrtägigen Veranstaltungen bei  
9 den Jusos

## 10 Begründung:

11 Die im internationalen Vergleich in Deutschland hochprävalente (3,4% der Gesamtbevölkerung  
12 (Pabst et al. 2013)) Alkoholabhängigkeit stellt nicht nur ein häufiges und schweres Krankheitsbild  
13 dar, sie ist auch Ausdruck einer sozial und altersabhängig stratifizierten Erkrankung. Besonders  
14 junge Menschen (18-20 Jahre und 21-24 Jahre) sind häufig von Alkoholabhängigkeit betroffen  
15 (6,4% bzw. 6,1%). Der Alkoholismus ist also ein wichtiges politisches Feld gerade auch der politi-  
16 schen Jugendorganisationen. Vor dem Hintergrund der sozialselektiven und zielgerichteten Wer-  
17 bung für Alkohol für Kinder und Jugendliche (D'Amico et al. 2017) verschärft sich das politische  
18 Problem von Alkoholwerbung generell: Eine besonders in Deutschland hoch profitable Branche  
19 nutzt Werbung, um die ohnehin bestehende kulturelle Verbreitung des Alkoholkonsums weiter  
20 emotional aufzuladen. Werbung hat nie den Zweck, die freie Konsumententscheidung zu ermögli-  
21 chen, sondern zielt immer darauf, die Kaufentscheidung (zwangsläufig unselbstständig) zu beein-  
22 flussen. Solange der Kapitalismus nicht überwunden ist, scheint Werbung in der Fata Morgana  
23 des freien Marktes die notwendige Hitze darzustellen, so als unterschieden sich die Produkte im  
24 Regal der neoliberalen Globalisierung tatsächlich. In Bezug auf Suchtstoffe aber können wir doch  
25 die Werbemanipulation gerade derer, die die höchste Gefahr haben, an einer Alkoholabhängigkeit  
26 zu leiden, am wenigsten zulassen!

27 Was wir stattdessen brauchen ist eine Kultur des kritischen Konsums und des Respekts für beide  
28 Entscheidungen: für und gegen den Alkoholkonsum. Kulturelle Veränderungen sind nicht klar  
29 steuerbar, sie sind aber beeinflussbar. Eine öffentliche Debatte und systematische Aufklärungen  
30 können ebenso dazu beitragen, den Umgang mit Alkohol auf subkultureller Ebene zu verändern  
31 wie ein aktives Vorleben. Und einen weiteren wichtiger Aspekt des Alkoholkonsums direkt bei den  
32 Jusos greift die hannoversche Bezirksvorsitzende Silke Hansmann auf: „[...]Besonders als Frau

1 habe ich das Gefühl, dass mir immer wieder auf Veranstaltungen und auch privat Alkohol aufge-  
2 drängt wird. Selbst wenn klargestellt wurde, dass man gar keinen Alkohol trinkt, heißt es „Ach, ein  
3 Sekt geht doch immer“. Hier wird natürlich bewusst meine freie Entscheidung und mein Urteils-  
4 vermögen angezweifelt[...]“. Ein kulturell erzwungener Alkoholkonsum fördert also häufig auch se-  
5 xistische Stereotype, deren Fortführung kein progressives politisches Ziel sein kann.

6 Dieser Antrag soll nicht den Alkohol oder seinen Konsum dämonisieren oder den Spaß an einem  
7 feuchtfröhlichen Abend nehmen, er soll ihn mit seinen Maßnahmen erstrecht erlauben – für alle  
8 in eigener, freier Entscheidung!

9 **Anmerkungen:**

10 Anderson P, Chisholm D, Fuhr DC (2009a): Effectiveness and cost-effectiveness of policies and  
11 programmes to reduce the harm caused by alcohol. *The Lancet* 373, 2234–2246

12 Anderson P, de Bruijn A, Angus K, Gordon R, Hastings G (2009b): Impact of alcohol advertising and  
13 media exposure on adolescent alcohol use: a systematic review of longitudinal studies. *Alcohol*  
14 *Alcohol Oxf Oxfs* 44, 229–243

15 D'Amico EJ, Martino SC, Collins RL, Shadel WG, Tolpadi A, Kovalchik S, Becker KM (2017): Factors  
16 Associated with Younger Adolescents' Exposure to Online Alcohol Advertising. *Psychol Addict Behav*  
17 *J Soc Psychol Addict Behav* 31, 212–219

18 Lieb K, Frauenknecht S, Brunnhuber S: *Intensivkurs Psychiatrie und Psychotherapie*. 7. Auflage;  
19 Urban & Fischer Verlag, München 2012

20 McClure AC, Tanski SE, Li Z, Jackson K, Morgenstern M, Li Z, Sargent JD (2016): Internet Alcohol  
21 Marketing and Underage Alcohol Use. *Pediatrics* 137, e20152149

22 Pabst A, Kraus L, Matos EG de, Piontek D (2013): Substanzkonsum und substanzbezogene Stö-  
23 rungen in Deutschland im Jahr 2012. *SUCHT* 59, 321–331

24 Young B, Lewis S, Katikireddi SV, Bauld L, Stead M, Angus K, Campbell M, Hilton S, Thomas J, Hinds  
25 K, et al. (2018): Effectiveness of Mass Media Campaigns to Reduce Alcohol Consumption and  
26 Harm: A Systematic Review. *Alcohol Alcohol Oxf Oxfs* 53, 302–316

27 Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland bis 2017 | Statistik. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151370/umfrage/werbeausgaben-fuer-alkoholische-getraenke/>;  
28 Zugriff am 15.03.2019  
29  
30

# P2

## Beschluss 2019.P2: Drogenkonsumräume ausbauen

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Göttingen Jahreshauptversammlung

1 Das langfristige Ziel einer guten Drogenpolitik ist es, die Anzahl der Konsument\*innen zu reduzie-  
2 ren und sie von ihrer Sucht zu befreien. Da dies ein längerer Prozess ist und eine Therapie viel  
3 Zeit in Anspruch nimmt, ist es wichtig, den Konsument\*innen auch während der Zeit in der Ab-  
4 hängigkeit zu helfen und ihnen ein geregeltes Leben zu ermöglichen.

5 In Drogenkonsumräumen können Konsument\*innen unter Aufsicht ihre Droge konsumieren und  
6 die Qualität der Drogen kann auf mögliche Streckmittel überprüft werden. Durch die Überwa-  
7 chung der Konsumvorgänge kann bei Überdosierung oder anderen Nebenwirkungen sofort ge-  
8 helfen werden und somit die Anzahl der Drogentoten reduziert werden. Außerdem wird durch  
9 die Ausgabe von saubereren Gegenständen, die für den Konsum benötigt werden (z. B. saubere  
10 Spritzen) die Anzahl der Infektionskrankheiten, sowie der HIV Neuinfektionen reduziert. Konsu-  
11 ment\*innen können besser über die Gefahren ihres Konsums informiert werden und der Kontakt  
12 zu Therapeut\*innen wird erleichtert, die Konsument\*innen in Entgiftung, Substitution, ambulante  
13 oder stationäre Therapie vermitteln können. Außerdem enthalten die Drogenkonsumräume ein  
14 Kontaktcafe, wo sich Konsument\*innen untereinander austauschen können.

15 Daher fordern wir:

- 16 • die flächendeckende Einführung von Drogenkonsumräumen in ganz Deutschland und die  
17 weitere Förderung solcher Einrichtungen.
- 18 • Die Öffnungszeiten sollen verlängert werden, sodass die Konsumräume jeden Tag erreich-  
19 bar sind. In Großstädten sollen zusätzlich mobile Drogenkonsumräume eingeführt wer-  
20 den.
- 21 • In unmittelbarer Nähe der Einrichtungen sollten medizinische Ansprechpartner, sowie  
22 eine Drogenberatungsstelle und Unterstützung durch Sozialarbeiter\*innen vorhanden  
23 sein.

### 24 Begründung:

25 Überall in Deutschland gibt es drogenabhängige Menschen. Das oberste Ziel sollte es sein, sie  
26 von ihrer Sucht zu befreien. Doch dies ist sehr schwierig und ein langwieriger Prozess.

1 Einige Drogenkonsument\*innen sind obdachlos und nehmen ihre Drogen auf der Straße ein. Da  
2 Drogen sehr teuer sind, geben viele ihr gesamtes Geld dafür aus und sparen bei Konsumgegen-  
3 ständen und achten nicht auf die ausreichende Hygiene. Beispielsweise teilen sich mehrere Kon-  
4 sument\*innen eine Spritze oder andere Konsumgegenstände, wodurch Krankheiten übertragen wer-  
5 den. Außerdem kann es zu Nebenwirkungen aufgrund von Streckmitteln, Bewusstlosigkeit durch  
6 Überdosierung oder bis hin zum Tod kommen.

7 Um Konsument\*innen beim Eintreten solcher Ereignisse schnell zu helfen und um ihnen saubere  
8 Konsumgegenstände zur Verfügung zu stellen, haben einige deutsche Städte Drogenkonsum-  
9 räume eingerichtet. Das Konzept bewährt sich und in den Städten mit solchen Einrichtungen geht  
10 die Zahl der Drogentoten, sowie die Anzahl der mit HIV-infizierten Konsument\*innen zurück.

# P3

Beschluss 2019.P3: Drogenkonsument\*innen entkriminalisieren

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

1 Durch die derzeitige Drogenpolitik werden Konsument\*innen in Deutschland stigmatisiert und in  
2 die Straffälligkeit gedrängt, Jobverlust und soziale Abwärtsspirale sind häufig die Folge. Seitdem  
3 Portugal seine liberale Drogenpolitik eingeführt hat, ist die Anzahl an Konsument\*innen, insbe-  
4 sondere bei jungen Menschen, zurückgegangen. Es gibt deutlich weniger Drogentote und Konsu-  
5 ment\*innen begeben sich schneller in therapeutische Einrichtungen.

6 Entsprechend diesem Beispiel fordern wir

- 7 • die Entkriminalisierung von Konsument\*innen jeglicher Drogen. Zu jeder Droge wird eine  
8 Menge an Eigenbedarf festgelegt.
- 9 • Nach dem Vorbild Portugals ist der Besitz von Drogen in Eigenbedarfsmenge keine Straf-  
10 tat, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit.
- 11 • Werden Personen mit geringen Mengen einer Droge gefasst, müssen sie ein Gespräch  
12 mit einer Sozialarbeiter\*in, einer Psycholog\*in und einer Jurist\*in führen, in dem der Kon-  
13 sum analysiert wird. Erst bei wiederholtem Nachweis von Drogenbesitz werden ein Buß-  
14 geld oder Sozialstunden fällig.

15 Die Polizei wird entlastet und hat mehr Kapazitäten für den Kampf gegen den Drogenhandel und  
16 die Verfolgung von Drogendealern.

## 17 Begründung:

18 Derzeit bedeutet Drogenkonsum in Deutschland oftmals eine kaum aufzuhaltende Abwärtsspi-  
19 rale: Drogenkonsument\*innen machen sich durch den Besitz von Drogen – auch von geringen  
20 Mengen, die nur für den Eigenbedarf gedacht sind - strafbar. Spätestens wenn sie dabei gefasst  
21 werden, beginnt der soziale Abstieg. Strafverfahren werden eingeleitet, in deren Zuge viele Kon-  
22 sument\*innen ins Gefängnis wandern und ihren Job verlieren. Gefängnisstrafen bedeuten allen-  
23 falls eine „Drogenpause“, um nach der Entlassung umso tiefer in die Abhängigkeit zu geraten.

24 Die Kriminalisierung von Drogen bedeutet keinen Schutz, sondern vielmehr das soziale Abseits.  
25 Es ist an der Zeit diese Politik zu überdenken und umzudenken. Das Beispiel Portugals zeigt, dass

- 1 eine liberale Drogenpolitik keinesfalls eine steigende Zahl von Drogenkonsument\*innen bedeutet,
- 2 sondern weniger und für die Betroffenen ein Leben in größerer Menschenwürde.

# P4

## Beschluss 2019.P4: Diesmal nicht die Bäckerei, sondern das ganze Krankenhaus!

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Unterbezirksparteitag

- 1 Wir fordern eine sukzessive Verstaatlichung von privaten Krankenhäusern der Regelversorgung!
- 2 Seit der Einführung des DRG-Systems (Diagnosis Related Groups) 2004 hat sich der wirtschaftli-
- 3 che Druck auf Krankenhäuser kontinuierlich erhöht und viele, insbesondere ländliche Kommunen
- 4 gezwungen, ihre kommunalen Krankenhäuser an bundesweit operierende private Krankenhaus-
- 5 Konzerne zu verkaufen. Dieser Eigentümer-Wechsel ging dabei zumeist mit einem Wechsel der
- 6 Rechtsform der Häuser einher, sodass die nun privatisierten Häuser als GmbH oder AG nun pri-
- 7 mär der Gewinnmaximierung verschrieben sind. Zwar sind auch die privatisierten Krankenhäuser
- 8 an ihren Versorgungsauftrag gebunden, der Focus ihrer Geschäftsleitung liegt nun aber auf der
- 9 Kosteneffizienz statt der patient\*innen-orientierten Versorgung. Das hat wesentliche Auswirkun-
- 10 gen auf die Funktion solcher Häuser:
- 11 • Insbesondere die Beschäftigten der *privaten* Krankenhäuser (die wohnortsgebunden oft
  - 12 keine andere Wahl haben, als an eben diesem Haus zu arbeiten) klagen über besonders
  - 13 hohe Arbeitsbelastungen durch enorme Personalverknappung und Aufgabenhäufung.
  - 14 • Private Krankenhäuser spezialisieren sich (insb. bei monopolartigem Besitz vieler Kran-
  - 15 kenhäuser in einer Region durch einen Konzern) auf (nach dem DRG-System) profitable
  - 16 Leistungen und Fachbereiche, sodass sich die Versorgungssituation bei den weniger pro-
  - 17 fitablen Fachgebieten in ländlichen Gegenden als kritisch erweist.
  - 18 • Gleichzeitig wird die Vergütung medizinischer Leistungen nicht von der Qualität der Leis-
  - 19 tung abhängig gemacht, sondern erfolgt pauschal nach dem DRG-System. Die Frage nach
  - 20 der Qualitätsoptimierung der *Leistung* wird hier oft mit der Konkurrenz der Häuser be-
  - 21 antwortet: Diese Annahme bleibt – wieder mal im ländlichen Raum – mehr als fragwürdig.
- 22 Ein personal- und materialintensiver Sektor wie die stationäre Regelversorgung ist ohne Frage
- 23 kostenintensiv und bedarf daher auch im Sinne einer zumutbaren finanziellen Belastung für die
- 24 Solidargemeinschaft der gesetzlich Versicherten einer guten und effizienten Organisation. Genau
- 25 aus diesem Grund aber ist der private Betrieb von Krankenhäusern ein volkswirtschaftlicher Irr-
- 26 sinn: Die Kostenersparnis durch Rationalisierungsmaßnahmen (zumeist zulasten der

1 Beschäftigten, teilweise auch zulasten der Versorgungsqualität) kommt nicht etwa einer Beitrags-  
2 senkung der gesetzlich Versicherten oder einer Ausweitung des Leistungsangebotes zugute, son-  
3 dern speist die Dividenden der Aktionär\*innen der Krankenhauskonzerne – und entzieht damit  
4 dem Gesundheitssystem wertvolle Ressourcen!

5 Deshalb plädieren wir für die Gründung einer staatlichen Krankenhausgesellschaft, die eine bun-  
6 desweit einheitliche und gute stationäre Versorgung sicherstellt für alle die Regionen, die nicht  
7 durch die landeseigenen Universitätskliniken oder nicht-gewinnorientierten anderen Kranken-  
8 häuser versorgt sind (insbesondere Stiftungs- und konfessionelle Häuser). In der Geschäftsfüh-  
9 rung der von dieser Gesellschaft unterhaltenen Krankenhäuser sollen die Beschäftigten sowie die  
10 kommunalen gewählten Vertreter\*innen gewichtiges Mitspracherecht haben, um so dem kom-  
11 munalen politischen Gestaltungscharakter solcher Versorgungseinrichtungen Rechnung zu tra-  
12 gen. Gleichzeitig kann eine bundeseinheitliche Krankenhausgesellschaft eine gute stationäre Ver-  
13 sorgung in allen Regionen sicherstellen – unabhängig davon, wie sich die wirtschaftliche Situation  
14 einer Gemeinde darstellt. Denn gute stationäre Versorgung darf nicht vom Wohnort abhängen!

15 Zur finanziellen Realisierung einer solchen Verstaatlichung ist eine konsequente und hohe Be-  
16 steuerung von Erlösen aus dem Betrieb von privatwirtschaftlich betriebenen Krankenhäusern  
17 denkbar, um damit einen günstigen Kaufpreis zu ermöglichen.

18 Wir dürfen nicht zulassen, dass angesichts teuer und innovativer Therapiekonzepte (z.B. mono-  
19 klonale Antikörper – basierte Tumortherapien) über die *Rationierung* von medizinischen Leistun-  
20 gen nach welchem Muster auch immer diskutiert wird, wenn gleichzeitig private Krankenhauskon-  
21 zerne aus den Mitteln der solidarischen Krankenversicherung millionenhohes Gewinne „erwirt-  
22 schaften“!

23 **Begründung:**

24 *erfolgt mündlich.*

# U1

## Beschluss 2019.U1: Reformierung der europäischen Agrarpolitik

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

1 Die Jusos Göttingen fordern eine Neugestaltung der europäischen Landwirtschafts- und Agrarge-  
2 setzgebung.

3 Die EU sollte ihre größtenteils veraltete Gesetzgebung im Bereich der Landwirtschaft reformieren,  
4 um so eine Politik zu erreichen, welche auf die im primären Wirtschaftssektor Beschäftigten und  
5 die Verbraucher\*innen dieser Produkte, ausgelegt ist. Dafür ist es dringend erforderlich, die Ge-  
6 setzgebung, welche industriell-strukturierten Großbetriebe durch Subventionen unterstützt, so  
7 anzupassen, dass auch kleinere Betriebe in der EU erhalten bleiben. Auch eine Veränderung der  
8 Gesetzgebung für den Umstieg auf Bio-Produktion sollte im Programm der SPD aufgenommen  
9 werden. Bio-Landwirt\*innen sollen stärker subventioniert werden und ihre Produkte nach einer  
10 kürzeren Prüfzeit als Bio-Produkte verkaufen können. (z.B. nach eineinhalb Jahren statt drei Jah-  
11 ren.) Diese Reformen würden eine gerechtere Agrarpolitik der EU zu Stande bringen und könnten  
12 darüber hinaus EU-feindliche Einstellungen von Landwirt\*innen und deren Unterstützer\*innen  
13 umkehren. Außerdem steht die SPD für soziale Gerechtigkeit ein und sollte somit den immer grö-  
14 ßer werdenden Abstand zwischen kleinen Betrieben und großen Konzernen entgegenwirken.

15 Deshalb sollte eine Reformierung der EU-Agrarpolitik in das Wahlprogramm der SPD aufgenom-  
16 men werden und sich sowohl die Landes- und auch die Bundesebene dafür einsetzen.

### 17 Begründung

18 *erfolgt mündlich.*

# U2

## Beschluss 2019.U2: Energiespeicherung innovativ denken, LOHC-Forschung intensivieren

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag

1 Wir fordern eine verstärkte Förderung zur Forschung und dem Ausbau von Energiespeichermög-  
2 lichkeiten in Niedersachsen. Dazu zählt v.a. die sogenannte Liquid Organic Hydrogen Carrier-Spei-  
3 chermethode (LOHC).

#### 4 Begründung:

5 In Deutschland sind der Ausstieg aus dem Atomstrom sowie der perspektivische Ausstieg aus der  
6 Kohleverstromung beschlossene Sache. Ab dem Jahr 2038 soll der Energiebedarf zu einem Groß-  
7 teil aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, bei Bedarf sollen vereinzelt Gaskraftwerke mit  
8 Erdgasversorgung zugeschaltet werden. Um die Versorgung mit Strom flächendeckend zu ge-  
9 währleisten müssen die Spitzen in der Energiegewinnung (starker Wind, hohe Sonneneinstrah-  
10 lung) zukünftig gespeichert und bei Bedarf wieder in das Netz eingespeist werden können. Da  
11 besonders an der niedersächsischen Küste viele Off- und Onshore-Windparks installiert worden  
12 sind oder in Zukunft noch installiert werden, ist die Speicherung von bislang ungenutzten Ener-  
13 giespitzen grade hier besonders wichtig. Batteriespeicher, z.B. auf Lithiumbasis wie sie momentan  
14 in Akkus für Handys o.ä. verbaut sind, werden dafür nicht ausreichen. Besonders die Methode  
15 LOHC (Liquid Organic Hydrogen Carrier) sticht bei den Speichermedien besonders hervor.

16 Vereinfacht funktioniert das Konzept folgendermaßen: Die überschüssige Energie aus Wind- oder  
17 Solarkraft wird für die Elektrolyse von Wasser genutzt. Dabei entsteht Wasserstoff und Sauerstoff.  
18 Der energiereiche Wasserstoff wird anschließend im LOHC gespeichert, eine Kohlenstoffverbin-  
19 dung auf Erdölbasis, die mehrfach wiederverwendbar ist. Ihre chemischen Eigenschaften sind bei  
20 Raumtemperatur der von Diesel sehr ähnlich, eine technische Umrüstung in der Mobilität und  
21 Logistik wird dadurch vereinfacht. Durch die Bindung des energiereichen Wasserstoffs im LOHC  
22 wird das reaktionsfreudige Gas transport- und lagerungssicher gemacht. LOHC, das Wasserstoff  
23 gebunden hat, könnte zukünftig vielfach einsetzbar sein: Durch die gute Transportfähigkeit könnte  
24 man die überschüssige „Energie“ nach Bedarf speichern und über weite Strecken transportieren  
25 und dabei eventuell schon bestehende Logistiknetzwerke (Schiene, Straße, Pipelines) sinnvoll wei-  
26 ter nutzen. Zudem wird bereits die Einsatzfähigkeit von LOHC als Treibstoff in der Mobilität

1 erforscht. Dadurch könnte der Abschied von fossilen Treibstoffen beschleunigt werden. Zudem  
2 ist die Energiemenge gemessen an dem Volumen des LOHC deutlich höher als bei komprimier-  
3 tem Wasserstoff.

4 Zusammengefasst:

- 5 • Überschüssige Energiemengen können durch die LOHC-Speichertechnik langfristig gespei-  
6 chert werden.
- 7 • Durch große Windparks On- und Offshore prädestinierte Lage für Niedersachsen.
- 8 • Forschung, Entwicklung und Bau von Anlagen nach Niedersachsen holen und fördern.
- 9 • Bisherige Infrastruktur kann in großen Teilen weiter genutzt werden.
- 10 • Grundlast im Energienetz kann gewährleistet werden.
- 11 • Möglichkeit die Energiewende erfolgreich zu gestalten.

12 Eine erweiterte Forschung sowie die Installation von Anlagen, die Wasserstoff im großen Stil in  
13 LOHC binden können, wird zukunftsweisend sein. Damit könnte Niedersachsen eine noch grö-  
14 ßere Schlüsselrolle in der laufenden Energiewende einnehmen und durch emissionsfreie Produk-  
15 tionslinien dabei helfen, die durch das Pariser Klimaabkommen gesteckten Klimaziele zu errei-  
16 chen. Zudem bietet diese Speichermethode eine mögliche sozialverträgliche Alternative zu bishe-  
17 rigen fossilen Brennstoffen. Wenn es gelingen sollte, Wasserstoff als Energieträger für die Strom-  
18 erzeugung und die Mobilität zu etablieren, profitieren zum Schluss auch die Verbraucher\*innen  
19 durch einen möglichst schonenden und kostengünstigen Umstieg auf eine emissionsfreie Alter-  
20 native.

# U3

Beschluss 2019.U3: Silvesterknaller? Nein danke.

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

1 Zukünftig soll es in Städten und Kommunen keine privaten Feuerwerke an Silvester mehr geben,  
2 sondern lediglich zentrale, von der Stadt bzw. der Kommune organisierten.

3 **Begründung:**

4 Durch Feuerwerk entstehen in der Silvesternacht laut Umwelt Bundesamt etwa 4.500 Tonnen  
5 Feinstaub. Diese Menge entspricht etwa 15 Prozent der jährlich im Straßenverkehr abgegebenen  
6 Feinstaubmenge – und damit circa 2 Prozent aller Feinstaub Emissionen.

7 Darüber hinaus kommt es zu zahlreichen Verletzungen und Bränden, sowie zu nicht unerheblich  
8 viel Müll. Diese Aspekte könnte man vermeiden, wenn es in Städten ein zentrales Feuerwerk gibt.

# U4

## Beschluss 2019.U4: Unterstützung wiederverwendbarer To-Go-Becher

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag

1 Wir fordern Angebote und Initiativen zu unterstützen, die wiederverwendbare To-Go-Becher an-  
2 bieten. Dabei sind Angebote zu berücksichtigen, die schon existieren, sowie sich neu gründende.  
3 Ziel dieser Unterstützung soll es sein, ein flächendeckendes Angebot an To-Go-Bechern herbei-  
4 zuführen, die nicht wiederverwendbare Alternativen überflüssig machen.

### 5 Begründung:

6 Stündlich landen laut Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) allein in Deutschland rund  
7 320.000 To-Go-Becher im Müll. Auch wenn diese nicht wiederverwendbaren Becher nur einen  
8 geringen Teil an dem anfallenden Müll ausmachen, ist es grade hier verhältnismäßig einfach, Al-  
9 ternativen anzubieten, die auf eine Mehrfachnutzung der Becher abzielen. So sind bereits in Städ-  
10 ten wie z.B. Berlin, Freiburg, Hannover oder auch Oldenburg Projekte gestartet, die ein To-Go-  
11 Pfandsystem anbieten. Diese Becher können gegen ein Pfandgeld bei teilnehmenden Cafés, Res-  
12 taurant etc. herausgegeben und anschließend überall wieder zurückgegeben werden. Durch eine  
13 teilweise zu geringe Beteiligung der Gastronomen oder Unwissen der Kund\*innen werden diese  
14 Angebote allerdings häufig noch nicht ausreichend genutzt. Eine bundesweite Förderung, z.B. in  
15 Form von Werbe- und Aufklärungskampagnen, kann mit einfachen Mitteln einen Beitrag zu der  
16 Reduzierung von Verpackungsmüll beitragen.

# U5

Beschluss 2019.U5: **Tierschutz endlich ernstnehmen!**

Antragsteller\*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Unterbezirksparteitag

1 Wir setzen uns für eine bundesweite Etablierung von verbindlichen Tierschutzlabeln für die Nutz-  
2 tierhaltung ein. Diese müssen transparente Mindeststandards anzeigen und transparent den Ver-  
3 braucher\*innen zur Verfügung stehen. Verschiedene Abstufungen sollen – ähnlich der Regelung  
4 für Eier – nach einheitlichen Maßstäben nicht für sog. Greenwashing missbraucht werden können  
5 und müssen behördlich kontrolliert werden. Schlechte Tierhaltung muss dabei als solche gekenn-  
6 zeichnet werden.

7 Mittelfristig fordern wir eine Änderung der Tierschutzgesetze, die gesetzlich festschreibt, dass  
8 mehr Platz für Tiere, Freilauf, Beschäftigung und allgemein bessere Zuchtbedingungen durchge-  
9 setzt werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Vielzahl der diversen Labels und Zertifikate  
10 nicht nur die Verbraucher\*innen in ihrem Konsumverhalten zufriedenstellt, sondern wirklichen  
11 Fortschritt nach sich zieht.

## 12 Begründung:

13 Tierschutzlabel sind neben der Bio-Fleischdebatte ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz  
14 in der Tierzucht. Die gesetzlichen Vorgaben für Tierschutz in Zuchtbetrieben und/oder Milch- und  
15 Eierproduzierenden Höfen sind dem „Deutschen Tierschutzbund e.V.“ zufolge bei weitem nicht  
16 ausreichend. [1] Labels wie „Für Mehr Tierschutz“ geben da die Richtung vor. Die Diversität der  
17 verschiedenen Labels und Zertifikate ist dabei durchaus ein Problem, verwischt und -mischt sie  
18 doch die zugrundeliegenden, unterschiedlichen Standards der Bewertung. Kurz: Die Menschen  
19 finden sich nicht mehr zurecht und wissen nicht, welcher Grad an Tierwohl für welche Auszeich-  
20 nung ausreicht.

21 Das Ziel für die Konsument\*innen ist klar: Es geht schlicht darum, denen, die (noch) nicht auf  
22 fleischhaltige oder tierische Produkte verzichten wollen, Transparenz hinsichtlich der Umstände  
23 zu schaffen. Tierschutzlabel auf Produkten und als Auszeichnungen für die Betriebe können dabei  
24 helfen, Menschen sensibler in dieser Thematik zu machen: Einfach zu verstehen, schnell ersicht-  
25 lich und mit klaren Vorstellungen davon, was „hinter“ einem Label steckt.

1 Doch das darf nicht das einzige Ziel sein. Vielmehr braucht es eine einheitliche und regelmäßig  
2 kontrollierte Kennzeichnung für Betriebe und Haltungsbedingungen, die Klarheit schafft und auch  
3 eventuelle Missstände bei der Haltung der Tiere klar aufzeigt. Ähnlich dem „Rot“ einer Ampel soll  
4 so ersichtlich sein, wenn Tiere nicht artgerecht gehalten werden – Greenwashing durch nichtssa-  
5 gende Zertifikate soll du verhindert werden können.

6 Wir müssen uns unserer Verantwortung als Konsument\*innen bewusstwerden und mit einer Ver-  
7 schärfung der Tierschutzgesetze mittelfristig dafür sorgen, dass kein Tier mehr in den fürchterli-  
8 chen Zuständen, wie es aktuell in Betrieben der Fall ist, leben muss.

9 Anmerkungen:

10 [1] <https://www.tierschutzlabel.info/tierschutzlabel/>

11

# X1

Beschluss 2019.X1: Öffentlich-Rechtliche Medien stärken – Geringe Einkommen entlasten

Antragsteller\*in: Aljoscha Dalkner

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

- 1 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine wichtige Säule der deutschen Medienlandschaft, deren
- 2 Existenz für uns außer Frage steht. Dennoch weist das aktuelle System Schwächen auf. Daher
- 3 fordern wir die Überprüfung des Beitragsmodells, um zu prüfen inwiefern Schüler\*innen, Stu-
- 4 dierende, Auszubildende und andere Menschen mit wenig Einkommen entlastet werden können.
- 5 Ebenfalls müssen die Rundfunkräte ein besseres Abbild der Gesellschaft sein, indem mehr junge
- 6 Menschen hier mitwirken können. Klar ist für uns auch, dass die öffentlich-rechtlichen Medienan-
- 7 stalten noch stärker ihr Online-Angebote ausbauen und bündeln sollten. Hierfür wäre eine zent-
- 8 rale Mediathek eine Option, die geprüft werden soll. Gerade in Zeiten der medialen Beeinflussung
- 9 durch Fake-News verbreitende Youtube-Channel oder Sender wie RT-Deutsch gilt es den unab-
- 10 hängigen, öffentlich-rechtlichen Sendern den Rücken zu stärken und gleichzeitig deren Moderni-
- 11 sierung im Programm, in Formaten und Plattformen einzufordern.
- 12 **Begründung:**
- 13 *erfolgt mündlich.*

# X2

Beschluss 2019.X2: Landeszentrale für politische Bildung stärken

Antragsteller\*in: Aljoscha Dalkner

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

1 Die Landeszentrale für politische Bildung wurde in Niedersachsen 2017 von der rot-grünen Lan-  
2 desregierung wieder eingerichtet, nachdem Schwarz-Gelb diese 2004 auflöste. Nach der Grün-  
3 dung besteht die Landeszentrale für politische Bildung aus einem achtköpfigen Team und einem  
4 Pool aus freien Mitarbeiter\*innen. Schwerpunkte der Arbeit sind das politische Systems Nieder-  
5 sachsen, Fake News und Beteiligung an der Demokratie. Nach zwei erfolgreichen Jahren bedarf  
6 die Landeszentrale für politische Bildung einen weiteren Ausbau.

7 Niedersachsen als Flächenland ist mit einem achtköpfigen Team und freien Mitarbeiter\*innen  
8 nicht mit hoher Intensität zu betreuen. Auch die Aus- und Fortbildung sowie die Betreuung der  
9 freien Mitarbeiter\*innen ist mit dem vorhandenen Personal nicht optimal möglich. Damit in Zu-  
10 kunft weitere Themengebiete und Angebote geschaffen und häufig angeboten werden können  
11 braucht die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung mehr Gelder vom Land. Da-  
12 her fordern wir eine Verdopplung der Mitarbeiter\*innen und eine Anpassung der zur Verfügung  
13 stehenden Gelder für Sachmittel und Reisekosten bis zum Ende der Legislaturperiode.

14 **Begründung:**

15 *erfolgt mündlich.*